

**JAHRESBERICHT  
DER CHEMISCHEN  
INDUSTRIE 2022**

# INHALTSVERZEICHNIS

## ARBEITSSCHWERPUNKTE 5

<b>Stoffrecht</b> .....	6
EU-Chemikalienstrategie – erste konkrete Änderungen .....	7
Zusätzliche Herausforderungen im aktuellen Stoffrecht .....	9
Ökodesign für nachhaltige Produkte .....	10
<b>Kreislaufwirtschaft – Suche nach den besten Lösungen</b> .....	12
<b>Umwelt &amp; Anlagenrecht</b> .....	15
<b>Responsible Care</b> .....	16
<b>Energie &amp; Klima</b> .....	18
Energiekrise, Innovationen, Klimaschutz .....	20
Werbekampagne übertraf alle Prognosen .....	22
Veranstaltungen .....	23
<b>Arbeitsschutz</b> .....	24
Personalausfälle, Arbeitskräftemangel und flexible Arbeitszeiten .....	25
Ohne Arbeitskräfte keine Lösungen für die Zukunft .....	26
<b>CHEMfluencer</b> .....	28
Bildungsarbeit lief wieder auf Hochtouren .....	29
<b>Forschung</b> .....	30
Gefahrguttransport – TUIS .....	32

## DIE CHEMISCHE INDUSTRIE 33

<b>Pharmazeutische Industrie</b> .....	34
<b>Kunststoffindustrie</b> .....	38
<b>Pflanzenschutz</b> .....	40
<b>Düngemittel</b> .....	41
<b>Waschmittel, Kosmetik, Aerosole</b> .....	42
<b>Lackindustrie</b> .....	44
<b>Holzschutzmittel</b> .....	45
<b>Kautschukindustrie</b> .....	46
<b>Biokraftstoffe</b> .....	47
<b>Bauklebstoffe</b> .....	48
<b>Bitumenemulsionsindustrie</b> .....	49
<b>Dach- und Abdichtungsbahnen</b> .....	49
<b>Technische Gase</b> .....	50
<b>Fasern</b> .....	50

## ANHANG 51

<b>Wirtschaftsbericht</b> .....	52
<b>Geschäftsverteilung</b> .....	56
<b>Fachverbandsausschuss der Chemischen Industrie Österreichs</b> .....	57
<b>Fach- und Berufsgruppenausschüsse</b> .....	58
<b>Kontakt</b> .....	59

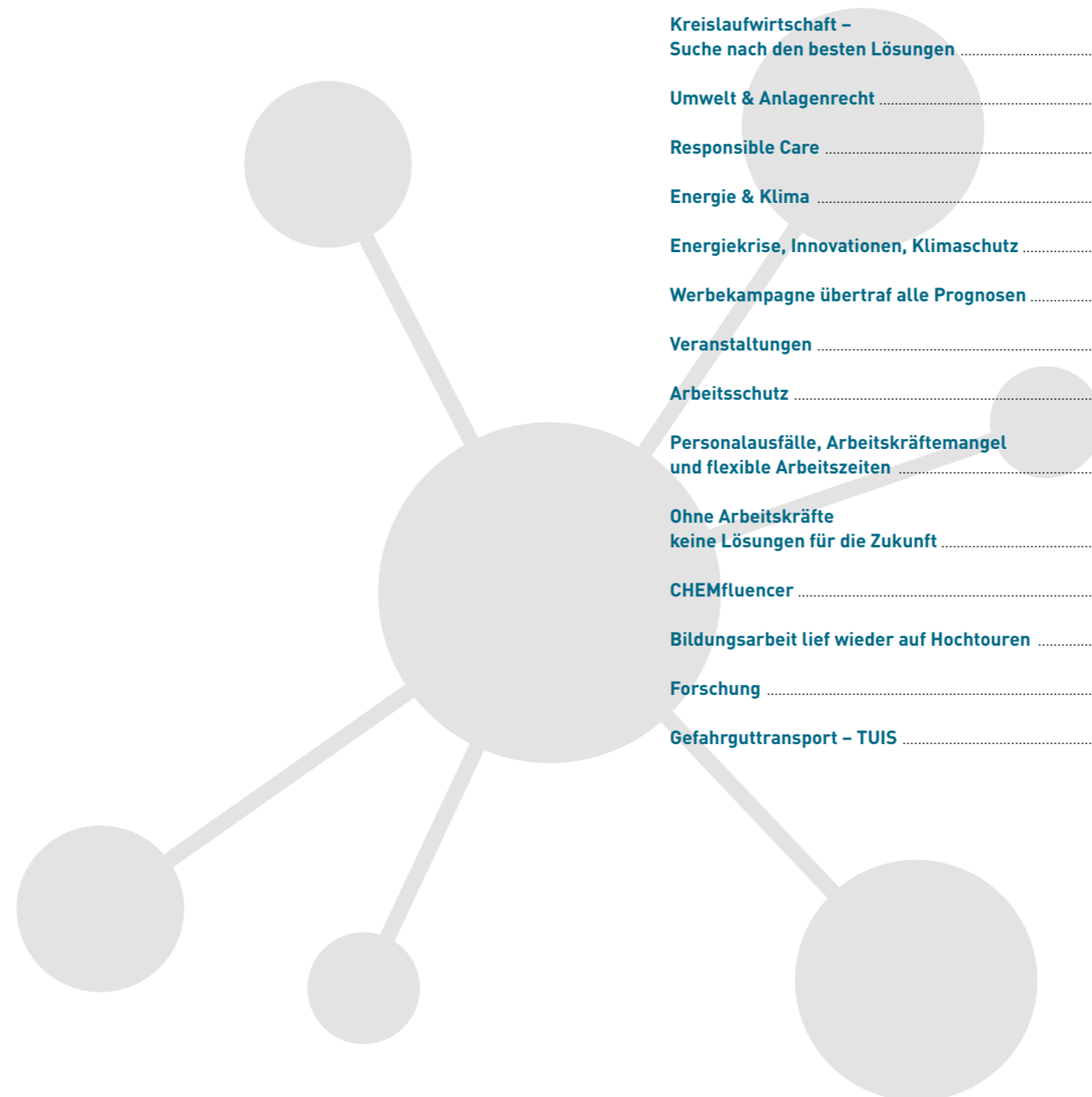
### IMPRESSUM

Herausgeber:  
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs  
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Österreich

Redaktion & Text:  
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs

Gestaltung und Grafik:  
Mag. Dorothea Pritz, Fachverband der Chemischen Industrie  
Gerald Waibel

Druck:  
Donau Forum Druck Ges. m. b. H.  
<https://dfd.co.at>



# VORWORT



Prof. Kommr. Ing. Hubert Culik, MAS  
Obmann des FCIO

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

das Jahr 2022 war eine Zeit von beispiellosen Turbulenzen und dramatischen globalen Ereignissen, die uns mit einer noch nie dagewesenen Herausforderung konfrontierten. Dachten wir im Jänner noch, nach all den Lockdowns und Lieferschwierigkeiten vor den größten Hindernissen gefeit zu sein, so kamen mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der daraus resultierenden Energiekrise neue Hürden hinzu, die alles Bisherige in den Schatten stellten.

Als energieintensive und exportorientierte Industrie ist die Chemie auf leistbare Energiepreise angewiesen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Ungewissheit, ob unsere Gasspeicher vor Winterbeginn genug befüllt sein werden, verschärfte die Lage zusätzlich. Diese dramatische Situation bedeutete eine Bedrohung des Industriestandortes Österreich und damit die Gefährdung von tausenden Arbeitsplätzen und dem Wohlstand des Landes.

Der Fachverband setzte sich daher auch in der Öffentlichkeit vehement dafür ein, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und die notwendigen Vorbereitungen für den Krisenfall zu treffen. Die Branche produziert nicht nur lebensnotwendige Medikamente, sondern viele weitere systemrelevante Produkte wie etwa Desinfektionsmittel und Düngemittel und liefert zudem Vorprodukte für 96 Prozent aller in der EU hergestellten Waren. Viele Sektoren sind auf den Einsatz von chemischen Stoffen im Produktionsprozess angewiesen: Von der Landwirtschaft, der Automobilindustrie, der Lebensmittelindustrie, über die Bauindustrie, die Energiewirtschaft bis hin zum Verkehrswesen. Eine Unterbrechung der Lieferketten hätte also weitreichende Folgen.

Die Versorgungskrise konnte zum Glück abgewendet und Produktionsstopps weitestgehend vermieden werden. Die deutlich gestiegenen Kosten – insbesondere im Energiebereich – und die damit verbundenen Preiserhöhungen brachten der Branche ein nominales Wachstum von 14,5 Prozent. Dieser Wert ist vor allem preisgetrieben. Nach einer positiven ersten Jahreshälfte kam es zunehmend zu Eintrübungen der wirtschaftlichen Situation.

Die Welt befindet sich in einem Wandel: Energiewende, Kampf gegen Klimawandel, Elektromobilität, Digitalisierung... Unser Sektor hat hier viel beizutragen. Chemie besitzt das Know-how und die Antworten für zahlreiche Fragestellungen der Zukunft. Wir sind somit Teil der Lösung.

Unsere Branche ist innovativ und wandelfähig, das haben wir schon mehrfach bewiesen. Und gerade in den letzten Jahren haben wir unsere Krisensicherheit unter Beweis gestellt. Die Energiekrise hat jedoch offenbart, dass der Standort Österreich bzw. Europa für eine international agierende Branche große Defizite aufweist. Die europäische Industrie wird in den kommenden Jahren durch das Energiepreis-Delta gegenüber USA und Asien an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Die chemische Industrie ist bereit, ihren Beitrag für das Gelingen des Green Deals zu leisten. Aber die Weichen, die für eine nachhaltige Zukunft jetzt gestellt werden müssen, dürfen nicht nur aus Verboten, Grenzwerten und Hürden wie Lieferkettengesetz oder Ökodesign-Verordnung bestehen. Der Fachverband wird sich daher weiterhin für eine industriefreundliche Politik mit weniger Regulierung einsetzen.

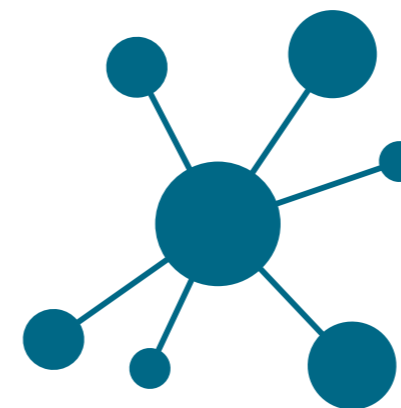
Ihr Obmann

Hubert Culik



# ARBEITSSCHWERPUNKTE

Auch wenn im Jahr 2022 die Energie- und Gasversorgung die vorrangige Herausforderung für die chemische Industrie war, so gab es noch genug andere Themenblöcke, die unsere Arbeit prägten: das Nullschadstoffziel, Kreislaufwirtschaft, Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, Verpackungsverordnung, Ökodesignverordnung und vieles mehr. Näheres dazu erfahren Sie auf den folgenden Seiten.



Stoffrecht .....	6
Kreislaufwirtschaft – Suche nach den besten Lösungen .....	12
Umwelt & Anlagenrecht .....	15
Responsible Care .....	16
Energie & Klima .....	18
Energiekrise, Innovationen, Klimaschutz .....	20
Werbekampagne übertraf alle Prognosen .....	22
Veranstaltungen .....	23
Arbeitsschutz .....	24
Personalausfälle, Arbeitskräftemangel und flexible Arbeitszeiten .....	25
Ohne Arbeitskräfte keine Lösungen für die Zukunft .....	26
CHEMfluencer .....	28
Bildungsarbeit lief wieder auf Hochtouren .....	29
Forschung .....	30
Gefahrguttransport – TUIS .....	32

# STOFFRECHT

## EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE – ERSTE KONKRETE ÄNDERUNGEN

**G**eht es nach den Plänen der EU-Kommission, sollen künftig nur noch sichere und nachhaltige Chemikalien bei der Produktion verwendet werden und so schadstofffreie Werkstoffkreisläufe entstehen. In den dafür geplanten mehr als 50 Einzelmaßnahmen gibt es bereits sehr konkrete Initiativen, den Rechtsrahmen zu stärken. Die umfassende Wissensbasis über Chemikalien, die unter REACH bereits vorhanden ist, soll weiter ausgebaut werden. Nicht zuletzt wird eine europäische Führungsrolle beim internationalen Chemikalienmanagement angestrebt.

Der europäische Rechtsrahmen für Chemikalien zählt bereits heute zum umfassendsten und fortschrittlichsten Standard weltweit und stützt sich auf eine mit außergewöhnlichem Aufwand erreichte Datenbasis zu den Eigenschaften von Chemikalien und deren Verwendung. Trotzdem sind weitere Änderungen und Verschärfungen der REACH- und der CLP-Verordnung sowie vieler produktspezifischer Regelungen geplant.

### Drastische Änderungen des Chemikalienrechts stehen bevor

Die Änderungen der Verordnung zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (CLP-Verordnung) sehen neue Gefahrenklassen für endokrine Disruptoren und persistente Chemikalien vor, teilweise unabhängig von internationalen Entwicklungen. Ende 2022 beschloss die Kommission dazu einen delegierten Rechtsakt. Nachdem weder die Mitgliedstaaten noch das Europäische Parlament dieser Regelung widersprochen haben, ist mit einer Veröffentlichung noch vor dem Sommer 2023 zu rechnen. Nach einer Übergangsregelung von zwei Jahren für Stoffe und drei Jahren für Gemische sind diese neuen Gefahreneigenschaften verpflichtend anzuwenden.

In einer weiteren Novelle der CLP-Verordnung sollen endokrine Disruptoren und persistente Stoffe, die bereits unter REACH als besonders besorgniserregend identifiziert wurden, harmonisiert eingestuft werden. Außerdem sollen die

Anforderungen beim Internethandel und bei Abfüllstationen präzisiert werden. Während die verbesserte Nutzungsmöglichkeit von Faltetiketten und Pläne für künftige digitale Weitergabe von bestimmten Informationen positiv beurteilt werden, so kann die Konkretisierung der Bestimmungen für die Mindestschriftgröße und den Zeilenabstand erhebliche negative Auswirkungen haben. Auch die geplante Verpflichtung der Angabe der Gefahren bei jeder Werbung für Gemische wird als absolut nicht praxistgerecht beurteilt.

### Konkrete Vorschläge für eine REACH-Revision im Laufe des Jahres zu erwarten

Die öffentliche Konsultation zu den Kernelementen der Revision der Verordnung zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien (REACH) wurde 2022 abgeschlossen. Mit einem konkreten Änderungsvorschlag der Europäischen Kommission ist nach dem heurigen Sommer zu rechnen.

Geplant ist der Ausbau von Datenanforderungen für bereits registrierte Stoffe. Zusätzlich sollen Polymere flächendeckend notifiziert und bestimmte Polymere registrierungspflichtig werden. Andere diskutierte Änderungen betreffen eine Reform des Zulassungs- und Beschränkungsregimes, die Einführung eines Bewertungsfaktors für mögliche Kombinationseffekte von Stoffen bei der Risikobeurteilung, eine Ausweitung von Meldeverpflichtungen zur Verwendung und Exposition von Stoffen auf nachgeschaltete Anwender, Änderungen bei der Evaluierung sowie den Ausbau und die Stärkung des Vollzugs.

Ein wesentliches Element wird auch die Ausweitung des generischen Ansatzes für Risikomanagement darstellen: Die neuen CLP-Gefahren werden gemeinsam mit den karzinogenen, mutagenen und reproduktionstoxischen Eigenschaften die Basis dafür sein. Beschränkungen von Chemikalien in Verbraucherprodukten und auch für bestimmte professionelle Anwendungen sollen künftig ohne spezifische Risiko-

bewertung und unter eingeschränkter Beteiligung der Hersteller im Schnellverfahren erfolgen. Ausnahmen von diesen gefahrenbasierten Verboten sind nur mehr für wesentliche Verwendungszwecke angedacht. Diese Maßnahme soll den Anreiz zur Substitution erheblich verstärken und die Verwendung von sicheren und nachhaltigen Chemikalien fördern.

Weit weniger konkret als bei der Überarbeitung der chemikalienrechtlichen Rahmenbedingungen ist die Chemikalienstrategie, wenn es um Maßnahmen zur Förderung der Herstellung und des Einsatzes von nachhaltigen Chemikalien geht: Ausbau der grünen Chemie, innovative Geschäftsmodelle – wie etwa das Chemikalienleasing – und Nachhaltigkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

### Kriterien für sichere und nachhaltige Chemikalien entwickelt

Die gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der Europäischen Kommission veröffentlichte im Sommer ein Rahmenwerk zur Beurteilung der Sicherheit und Nachhaltigkeit von Chemikalien und Materialien. Unter dem Begriff „Safe and Sustainable by Design (SSbD)“ sollen Aspekte der Sicherheitsbewertung, der ökologischen Nachhaltigkeit und sozioökonomische Dimensionen vereint werden. Dabei wird ein hierarchischer Ansatz verfolgt, bei dem Sicherheitsaspekte zuerst bewertet werden, gefolgt von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Mit einheitlichen SSbD-Kriterien soll die Bewertung von Chemikalien untereinander ermöglicht und bereits in der Designphase neuer Produkte berücksichtigt werden. Das Modell befindet sich allerdings noch in der Testphase und wirft noch viele ungeklärte Fragen auf. Erste Case-Studies zeigen, dass für die Bewertung große Mengen an Daten notwendig sind, die oft nicht zur Verfügung stehen. Insbesondere in der Entwicklungsphase neuer Produkte ist daher mit enormen Herausforderungen

zu rechnen. Aber auch die Bewertung bereits auf dem Markt befindlicher Produkte ist nur dann möglich, wenn geforderte Informationen entlang der Lieferkette weitergegeben werden.

Das Rahmenwerk war auch die Grundlage der im Dezember veröffentlichten Empfehlung der Kommission. Mit dieser werden alle Mitgliedstaaten, die Industrie, die Wissenschaft, Forschungs- und Technologieorganisationen dazu aufgerufen, SSbD-Kriterien in ihren F&I-Tätigkeiten zu integrieren. Alle sollen sich an der Testphase des Modells beteiligen. Die Entwicklung sicherer und nachhaltiger Produkte soll so beschleunigt und der Anteil dieser am EU-Markt vergrößert werden. Zusätzlich werden im „Strategischen Forschungs- und Innovationsplan (SRIP)“ aufgezeigt, in welchen F&I-Bereichen die Kommission besonderes Innovationspotential sieht. Förderungen für Projekte mit SRIP-Bezug sollen über Horizon Europe zur Verfügung gestellt werden.

So positiv „Sustainable-by-Design“ auch klingt, so dringend ist ein besseres Gleichgewicht zwischen Verboten von Chemikalien auf der einen und der Forcierung von Technologielösungen auf der anderen

Seite, um den Green Deal gemeinsam mit der strategischen Unabhängigkeit Europas Wirklichkeit werden zu lassen.

### Übergangspfad soll Innovations- und Wachstumsimpulse setzen

Hoffnung dazu gibt die Tatsache, dass für die chemische Industrie im Rahmen der Industriestrategie als bisher einzigem energieintensiven Sektor ein Übergangspfad (Transition Pathway) entwickelt wurde. Mit mehr als 200 Einzelmaßnahmen soll die grüne und digitale Transformation der chemischen Industrie gelingen.

Anhand von acht thematischen Schwerpunkten werden der europäischen Ebene, den Mitgliedstaaten sowie den Unternehmen Handlungsempfehlungen zugewiesen: nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit – Investitionen und Finanzierung – Unterstützung von Forschung und technologischen Lösungen – Gesetzgebung – Zugang zu Energie und Rohstoffen – Infrastruktur – Fertigkeiten – soziale Dimension.

Zudem visualisiert ein regulatorischer Fahrplan die Umsetzungszeiträume der wichtigsten Gesetzgebungsmaßnahmen

aus dem derzeitigen Legislativprogramm der EU.

Der Transition Pathway stellt somit einen ersten und dringend notwendigen Versuch dar, die Herausforderungen der chemischen Industrie ganzheitlich zu betrachten, besonders in Anbetracht der unzähligen regulatorischen Änderungen, die bevorstehen.

### Internationale Chancengleichheit und verlässliche Rahmenbedingungen notwendig

Auch verstärktes internationales Engagement ist notwendig, um gleiche Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb von Europa sicherzustellen und weitere Verlagerungen der Chemieproduktion zu verhindern. Importe von Produkten, die außerhalb der EU hergestellt wurden, müssen den gleichen Maßstäben unterliegen.

Verlässliche Anforderungen und richtige Signale sind gerade jetzt dringend notwendig, damit die erforderlichen Investitionen zur Verwirklichung des Green Deals getätigt werden und eine starke Chemieindustrie in Europa entscheidend zur Bewältigung der jetzigen, aber auch zukünftigen Krisen beitragen kann.

# ZUSÄTZLICHE HERAUSFORDERUNGEN IM AKTUELLEN STOFFRECHT

## Bestehende REACH-Pflichten nicht zu vernachlässigen

Im Rahmen der Verordnung zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien, kurz REACH, wurde die weltgrößte, öffentlich zugängliche Chemiedatenbank etabliert. Umfangreiche Informationen zu den Eigenschaften und der sicheren Verwendung werden im Rahmen der REACH-Registrierungen gesammelt. Diese auf aktuellem Stand zu halten, ist eine der großen Herausforderungen für die Unternehmen der chemischen Industrie; ganz abgesehen von den geplanten zusätzlichen Anforderungen.

Die Übermittlung der Informationen zu den Eigenschaften und Verwendungen von Stoffen an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) ist aber nur der Beginn der regulatorischen Maßnahmen unter REACH. Weitere Daten können im Zuge der Evaluierung durch ECHA oder die Mitgliedstaaten gefordert und zusätzliche Maßnahmen zur sicheren Verwendung vorgeschlagen werden.

Die Zulassung wird gerne als Startschuss für die Substitution von besonders besorgniserregenden (SVHC-) Stoffen gesehen: Bereits 233 Stoffe und Stoffgruppen wurden bis Anfang 2022 als Zulassungskandidaten identifiziert, darunter manche, die für

die Unternehmen der chemischen Industrie unverzichtbar sind. 59 Stoffe unterliegen mittlerweile dem Zulassungsverfahren.

Zusätzlich wachsen die Verwendungsbeschränkungen von Stoffen unter REACH ständig weiter, sukzessive werden bedeutende Gruppen von Chemikalien strikt geregelt. Welche Eigenschaften machen Stoffe besorgniserregend und damit zum Gegenstand von regulatorischen Risikomanagementmaßnahmen? Der Fokus im Chemikalienrecht verschiebt sich von den klassischen CMR-Eigenschaften mehr und mehr auf endokrine Disruptoren und umweltrelevante Eigenschaften, wie Persistenz, Bioakkumulation und Mobilität. Wesentliche Produktbereiche der chemischen Industrie sind von diskutierten Vorhaben betroffen.

Die Beschränkung von Mikroplastik in verschiedensten Gemischen, wie zum Beispiel Detergenzien, Kosmetika, Bioziden und Pflanzenschutzmitteln, steht kurz vor der Beschlussfassung. Noch umfangreicher ist die geplante Beschränkung von Perfluorverbindungen (PFAS), die nach groben Einschätzungen bis zu 10.000 Stoffe und Polymere betreffen wird. Bis etwa 2040 soll die Herstellung, die Verwendung und das Inverkehrbringen von PFAS-haltigen Chemikalien und Erzeugnissen in Europa schrittweise gänzlich verboten werden. Hintergrund dabei ist die Langlebigkeit dieser Stoffgruppe in der Umwelt. Diese Persistenz ist neben der vielfach inhärenten Eigenschaft aber gerade bei der Verwendung in der Anlagentechnik, Elektromobilität und auch im Gesundheitswesen absolut notwendig und aus heutiger Sicht alternativlos. Produkte aus PVC und Additive dafür stehen im Fokus von Überlegungen.

Auch die Schnittstelle zum Abfallrecht ist zu beachten: Seit Beginn des Jahres 2021 müssen SVHC-Stoffe in Erzeugnissen an die Europäische Chemikalienagentur gemeldet werden. Ziel ist, die Möglichkeiten des stofflichen Recyclings durch verbesserte Informationen entlang der gesamten Lieferkette von Erzeugnissen bis hin zur Abfallverwertung weiter zu steigern.

### Regelmäßige Neueinstufungen unter CLP mit großen Konsequenzen

Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Gemischen nach den Regeln des UN-GHS sind mehr als ein Jahrzehnt nach dem Inkrafttreten der CLP-Verordnung zur Selbstverständlichkeit geworden. Dennoch wird der Aufwand zur Erfüllung aller CLP-Pflichten nicht weniger. Neue oder überarbeitete harmonisierte Einstufungen stellen eine beachtliche Herausforderung dar, auch wenn sie nicht immer rechtmäßig erlassen wurden. Die Neueinstufung von pulverförmigem Titandioxid als möglicherweise krebserzeugend wurde vom Europäischen Gerichtshof beispielsweise in erster Instanz für nichtig erklärt.

Foto: © adobestock.com/AkuAku



Neue harmonisierte Einstufungen bringen oftmals gravierende Konsequenzen mit sich. Zurückzuführen ist dies auf eine direkte rechtliche Verknüpfung der Einstufung mit dem Risikomanagement von Chemikalien. Zu befürchten ist, dass mit den Regelungen auf Basis der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit dieser generische Risikoansatz deutlich öfter zum Problem wird.

**Aufgezeigte Schwächen im EU-Biozidrecht halten an; punktuelle Verbesserungen national vereinbart**

Welche Probleme stark regulierte Bereiche, wie beispielsweise das europäische Biozidrecht, mit sich bringen können, gesteht selbst die EU-Kommission in ihrem Bericht bereits 2021 ein. Dies deckt sich weitgehend mit den Erfahrungen von in diesem Bereich tätigen Unternehmen. „Biocides for Europe“, eine Sektorgruppe des europäischen Chemieverbands CEFIC und der europäischen Waschmittelverband AISE analysierten auf Basis der Rückmeldungen die Stärken und vor allem Schwächen der Biozidprodukte-Verordnung: Die Genehmigung der Wirkstoffe im Rahmen des Prüfprogramms ist erheblich verzögert, die

Zulassung von Biozidprodukten durch die Mitgliedstaaten ist ebenfalls im zeitlich vorgegebenen Rahmen kaum möglich und neue Innovationen gibt es nicht. Oft liegt es an den fehlenden Ressourcen, die die Behörden für die Bewertung der Anträge zur Verfügung haben.

Die Problematik der Verzögerungen wird auch noch dadurch verstärkt, dass eine Weiterentwicklung des Biozidproduktes während der Zulassungsphase praktisch nicht möglich ist und steht daher immer wieder im Zentrum des Dialogs zwischen dem Fachverband und den österreichischen Behörden. Dabei wurden nationale Lösungen erarbeitet, die Antragstellern zukünftig bei Nachforderungen die Kontaktaufnahme mit der Behörde erleichtern und auch eine Möglichkeit zur Diskussion bei überlangen Zulassungsdauern geschaffen. Trotzdem müssen umfangreiche Verbesserungen auf europäischer Ebene erfolgen, sodass auch in Zukunft genügend Wirkstoffe, insbesondere im Bereich der Konservierungsmittel, und zugelassene Biozidprodukte zur Verfügung stehen.

Ihre Experten für Chemikalienrecht:



**Marcello Entner, BSc**  
Telefon: 05/90 900-3382  
entner@fcio.at



**Dr. Christian Gründling**  
Telefon: 05/90 900-3348  
gruendling@fcio.at



**Dr. Dominique Schröder**  
Telefon: 05/90 900-3373  
schröder@fcio.at

## ÖKODESIGN FÜR NACHHALTIGE PRODUKTE

### Eine neue Verordnung mit Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette

Im März 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Verordnungsvorschlag mit dem Titel „Ecodesign for Sustainable Products Regulation“ – kurz ESPR. Damit sollen nachhaltige Produkte innerhalb der EU zur Norm werden. So gut wie alle Produktkategorien am europäischen Markt könnten damit in Zukunft reguliert werden. Nur wenige Ausnahmen, zB Lebens- und Futtermittel oder Arzneimittel, sind im bisherigen Entwurf ausgenommen.

Der Vorschlag stützt sich auf die aktuelle Ökodesign-Richtlinie, die derzeit für Produkte mit hohem Energieverbrauch gilt, geht aber weit darüber hinaus. So können Rechtsakte im Rahmen der ESPR Vorschriften zur Haltbarkeit, Wiederverwendbarkeit, Nachrüstbarkeit und Reparierbarkeit von Produkten beinhalten. Auch Stoffe, die die Kreislauffähigkeit stören oder der Umwelt schaden, können reguliert werden. Außerdem können Mindestanforderungen zur Energie- und Ressourceneffizienz, zum Recycling und Rezyklatanteil, zur Wiederverwertbarkeit und zum CO<sub>2</sub>- und Umweltfußabdruck festgelegt werden.

Die ESPR gibt dabei allerdings nur den Rahmen vor, welche Art von Leistungs- und Informationsanforderungen von Produkten in Zukunft gefordert werden können. Der Umfang und die Höhe dieser Ökodesign-Anforderungen wird dann in produktspezifischen Rechtsakten festgelegt.

Zentrales Werkzeug der ESPR ist der „digitale Produktpass (DPP)“. Dieser soll alle Nachhaltigkeitsinformationen eines Produktes zusammentragen. Verbraucher:innen und Unternehmen soll er dabei helfen, beim Kauf von Produkten fundierte Entscheidungen zu treffen. Reparaturen und Recycling soll er vereinfachen und die Transparenz hinsichtlich der Umweltauswirkungen von Produkten erhöhen. Für Behörden soll dadurch außerdem die Durchführung von Kontrollen leichter werden.

Die Ökodesign-Verordnung bietet der chemischen Industrie zahlreiche Chancen, stellt sie aber auch vor große Herausforderungen. Die damit geschaffene steigende Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten und Prozessen eröffnet der

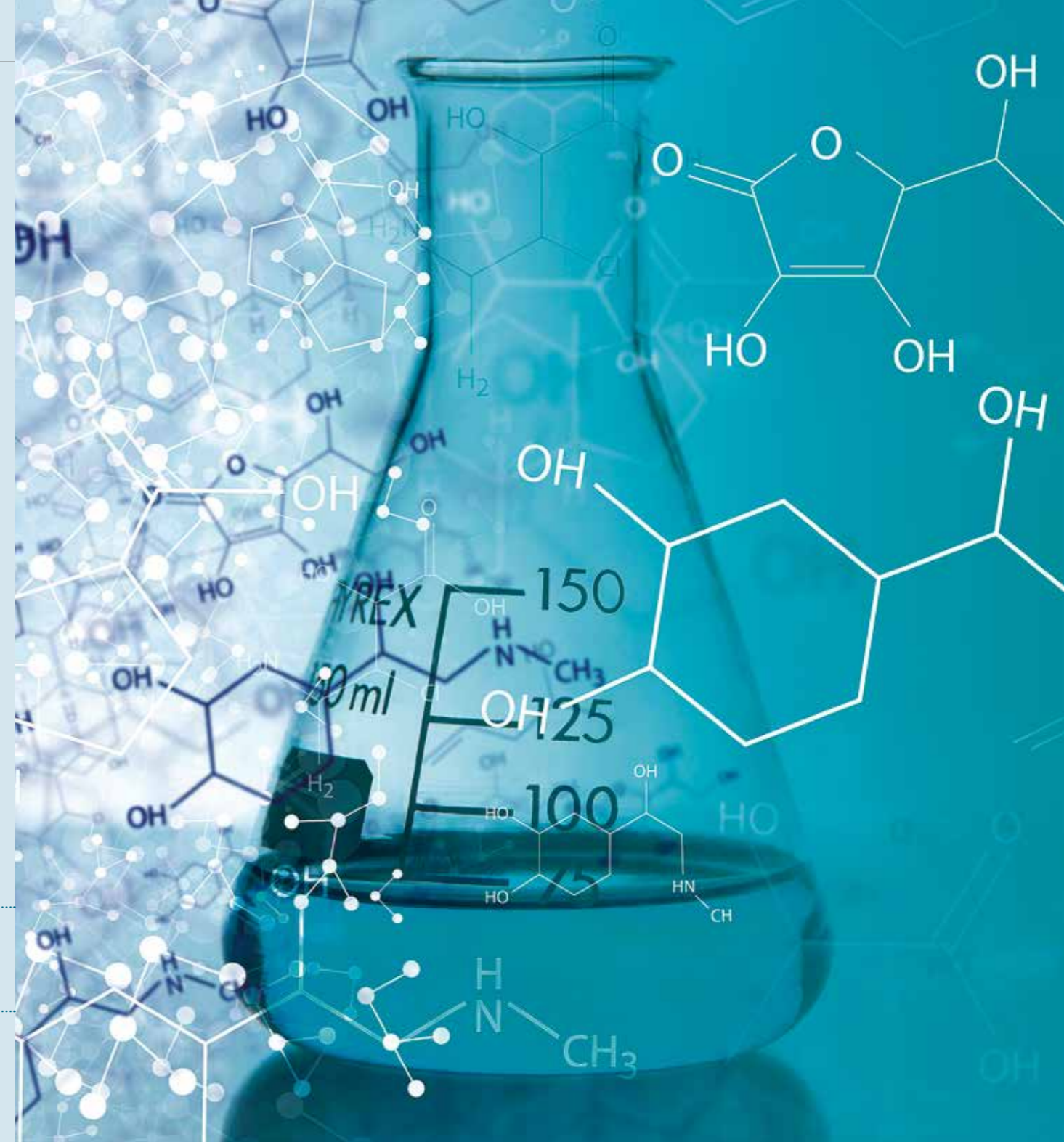


Foto: © adobestock.com/xyz+

Branche die Möglichkeit, in innovative Technologien und in die Entwicklung neuer, nachhaltiger Produkte zu investieren und somit ihre Marktposition in Europa und darüber hinaus zu stärken. Die Forderungen der Verordnung sind aber auch mit hohen zusätzlichen Kosten, technischen und administrativen Herausforderungen verbunden, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stark beeinträchtigen könnten.

Unternehmen der chemischen Industrie benötigen daher einen politischen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, in Forschung und Entwicklung zu investieren und innovative Lösungen zu entwickeln, ohne von übermäßigen administrativen und regulatorischen Hürden belastet zu werden. Eine enge Zusammen-

arbeit zwischen Politik, Forschungseinrichtungen und der Industrie ist daher von großer Bedeutung, um die Umsetzung der Verordnung effizient zu gestalten, gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie zu erhalten und die Ziele des europäischen Green Deals zu erreichen.



Ihr Experte für nachhaltige Chemie:  
**Marcello Entner, BSc**  
Telefon: 05/90 900-3382  
entner@fcio.at

# KREISLAUFWIRTSCHAFT – SUCHE NACH DEN BESTEN LÖSUNGEN

Das Jahr 2022 stand ganz im Zeichen der Kreislaufwirtschaft. Diese findet sich in einer Vielzahl von nationalen und europäischen Rechtsakten und Strategien wieder. So wurde die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie veröffentlicht. Diese enthält übergeordnete Ziele, wie die Reduktion des Ressourcenverbrauchs, die Steigerung der Zirkularitätsrate von 12 Prozent auf 18 Prozent oder die Reduktion des Konsums privater

Haushalte um 10 Prozent. Diese Ziele sollen durch die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, klugen Marktanzügen und Förderungen herbeigeführt werden. Zu den klugen Marktanzügen zählt zB die erweiterte Herstellerverantwortung. Von dieser sind momentan nur Verpackungen betroffen. Aber wie das Beispiel Frankreich zeigt, kann die erweiterte Herstellerverantwortung auch auf Bauprodukte angewendet werden. Dies führt

dazu, dass Bauproduktehersteller an Systemen teilnehmen und die Kosten für Sammlung und Entsorgung tragen müssen.

Neben den Zielen werden in der Strategie aber auch branchenspezifische Maßnahmen festgelegt. So soll durch entsprechende Genehmigungsverfahren die Sanierung dem Abriss von Gebäuden vorgezogen werden und neue Gebäude sollen

zukünftig zirkulär geplant und errichtet werden. Darüber hinaus wird die nachhaltige Beschaffung und eine Steigerung des Rezyklateinsatzes der Kreislaufwirtschaft weiteren Aufschwung verschaffen.

## EU-Verordnung zu Verpackungen wirft Fragen auf

Die großen Würfe kamen 2022 aber aus Brüssel. So wurde der langerwartete Entwurf der Packaging and Packaging Waste Regulation (PPWR) veröffentlicht. Nach dieser Verordnung sollen nur Verpackungen am Markt erlaubt sein, die ab 2030 recyclingfähig designed sind und ab 2035 im großen Ausmaß recyclet werden. Eine Harmonisierung von technischen Anforderungen und Kennzeichnungen

von Verpackungen ist im Vollen zu begrüßen. Allerdings stellt der Entwurf in seiner jetzigen Fassung Verpackungshersteller, Ministerien und die gesamte Abfallwirtschaft vor viele Rätsel. So ambitioniert die Ziele sind, so unbestimmt ist geregelt, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Dies ist gerade bei der Ausgestaltung einer unmittelbar anwendbaren Verordnung sehr bedenklich und wird von vielen Kreisen scharf kritisiert. Wie soll Recyclingfähigkeit bewertet werden? Wie sollen die Mengen an Rezyklat für die vorgeschriebenen Rezyklateinsatzquoten erreicht werden und wie sind diese zu berechnen? Woher sollen die Ressourcen für die Erstellung und Überprüfung der umfangreichen Konformitätserklärungen hergenommen werden? Es gibt noch viele offene Fragen, die es zu klären gilt. Noch ist nicht aller Tage Abend. Es wurde schon der überarbeitete Entwurf veröffentlicht und im Vergleich zum ersten um ca. 20 Prozent reduziert. Der FCIO arbeitet eng mit den europäischen Verbänden zusammen, um die PPWR weiter zu verbessern, damit eine gute Lösung für Umwelt, Klima und den Wirtschaftsstandort Österreich geschaffen wird.

Darüber hinaus wird die Kreislaufwirtschaft in vielen weiteren Rechtsakten Niederschlag finden. Herauszuheben ist die Bauproduktenverordnung, Taxonomy Verordnung, Ecodesign for Sustainable Products Regulation und die Corporate Sustainable Reporting Directive. Neben technischen Anforderungen wird es in der Zukunft somit auch um ein nicht zu unterschätzendes Ausmaß an Bürokratie durch Berichtspflichten gehen.

## Österreichs Schritte zur Kreislaufwirtschaft

Was geschieht nun in Österreich? Ein Knackpunkt zur Erreichung von Recyclingquoten im Verpackungswesen ist die Sortierung. Diese ist wegen der vielen unterschiedlichen Kunststoffarten eine große Herausforderung. Im Ennschaf in Oberösterreich werden 60 Millionen Euro in die Hand genommen, um Österreichs größte Sortieranlage zu bauen. 100.000 Tonnen Verpackungen sollen in der Anlage sortiert werden. Das ist eine Größenordnung, wie es sie in Österreich bis jetzt noch nicht gegeben hat.

Darüber hinaus wird die Sortierung in der Zukunft noch ertragreicher werden, da die Sammelsysteme ab 2023 österreichweit vereinheitlicht werden. Mit Beginn 2023 sind in ganz Österreich alle Kunststoffverpackungen in der gelben Tonne bzw dem gelben Sack zu sammeln und ab 2025 sind des Weiteren österreichweit Kunststoff- und Metallverpackungen gemeinsam zu sammeln. Bisher hatte jedes Bundesland individuelle Regelungen, was die Sortierung deutlich erschwerte. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft.

Den nächsten Erfolg verzeichnet die PET to PET Recycling GmbH. Diese erzielte bei der Zwischenbilanz 2022 einen Rekordwert von 15.131 Tonnen PET-Getränkeflaschen, die im Kreislauf gehalten werden konnten. Dieser Wert wird durch die Einführung des Pfandes für PET-Getränkeflaschen noch einen weiteren Aufschwung erleben.

Es wird allerdings immer Verpackungen geben, die wegen der Kontaminierung oder der Komplexität nicht mechanisch recycelt werden können. Hier kommt das chemische Recycling ins Spiel. Mittels chemischen Recyclings kann aus Kunststoffabfällen wieder Rohöl hergestellt werden und aus diesem Kunststoff von höchster Qualität. Damit das chemische Recycling zum Durchbruch kommen kann, benötigt es noch Rahmenbedingungen und das Vertrauen der Politik. Hierfür setzt sich der FCIO ein, und organisiert für 2023 eine Veranstaltung zum Thema chemisches Recycling mit Teilnehmern aus Ministerien, Industrie und Forschung.

Trotz einiger Hürden, die es zu bewältigen gilt, wird die Kreislaufwirtschaft der Weg zu umweltfreundlichen und klimaschonenden Kunststoffen sein. Dieser Weg wird gemeinsam mit allen Stakeholdern gegangen werden müssen. Der FCIO setzt sich dafür ein, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen, um beste Lösungen zu erarbeiten.



Ihr Ansprechpartner für Kreislaufwirtschaft:  
**Mag. Dominik Stern**  
Telefon: 05/90 900-3369  
stern@fcio.at

Foto: © adobestock.com/blackday



# UMWELT & ANLAGENRECHT

## „Beste verfügbare Technik“ für chemische Prozesse

**M**it der EU-Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IED) wurde die Anwendung der „besten verfügbaren Technik – BVT“ und die Verbindlichkeit von BREFs (Best Available Technique Reference Documents) erhöht. Der Fachverband begleitet daher schon seit vielen Jahren die Novellierung und Neuerstellung chemiespezifischer sowie relevanter sektorübergreifender BREFs. Dies geschieht einerseits durch Mitarbeit in den jeweiligen nationalen Arbeitskreisen des Umweltbundesamtes sowie in den relevanten BREF-Arbeitsgruppen des Europäischen Chemieverbandes Cefic.

Von großer Bedeutung ist das neue BREF WGC (Waste Gas Treatment in the Chemical Sector), mit dem für einen Großteil des unter die IED fallenden Chemiesektors die beste verfügbare Technik im Bereich Abluftbehandlung festgelegt wird. Dieser BREF-Prozess wurde 2016 gestartet. Im Dezember 2022 wurden die BVT-Schlussfolgerungen für dieses BREF veröffentlicht. Anlagen, die in den Geltungsbereich des BREF WGC fallen, müssen nun innerhalb von maximal vier Jahren an die besten verfügbaren Techniken im Sinn der Schlussfolgerungen angepasst werden.

Außerdem wurde Ende 2021 der Revisionsprozess für die beiden LVIC-BREFs (Large Volume Inorganic Chemicals) gestartet. Im Oktober 2022 fand dazu auf europäischer Ebene das Kick-off Meeting der Technical Working Group (TWG) statt, bei dem neben den vom LVIC BREF erfassten anorganischen Produktionsprozessen unter anderem auch die grundlegende Vorgangsweise zur Datenerhebung festgelegt wurde. Die Datenerhebung bei den betroffenen Industrieanlagen soll in Folge im Laufe des Jahres 2023 durch das Umweltbundesamt durchgeführt werden.

### Revision der EU-Industrieemissionsrichtlinie

Neben den BREFs soll auch die EU-Industrieemissionsrichtlinie überarbeitet werden. Nach intensiver Vorarbeit im Jahr 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission im April 2022 den Vorschlag zur Revision der Industrieemissionsrichtlinie (IED). Kernelemente der Vorschläge sind die Ausweitung des Geltungsbereiches auf Viehzucht, Bergbau und mineralische Rohstoffe, die Festlegung des strengsten Emissionsgrenzwertes in der Anlageneintragung sowie eine deutliche Ausweitung der Strafen bei gleichzeitiger Beweislastumkehr. Die Bundessparte Industrie hat dazu eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Unternehmen und der Fachverbände eingerichtet. Die Arbeit der Gruppe konzentriert sich seit Veröffentlichung des Vorhabens auf die beiden Legislativorgane der EU: das Europäische Parlament und den Rat. Zusätzlich ist der Fachverband auch Mitglied der IED-Arbeitsgruppe beim Europäischen Chemieverband Cefic.

### Null-Schadstoffpaket vorgestellt

Am 26. Oktober 2022 hat die Europäische Kommission ein weiteres Null-Schadstoff-Paket (Zero Pollution Package) vorgestellt. Strengere Vorschriften für Luftschadstoffe, Oberflächen- und Grundwasserschadstoffe und die Behandlung von kommunalem Abwasser sollen Umwelt- und Gesundheitsschutz vorantreiben.

Ein Teil dieses Paketes betrifft die Überarbeitung der EU-Luftqualitätsrichtlinien. Es werden Zwischenziele für EU-Luftqualitätsnormen 2030 vorgeschlagen, die enger an den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgerichtet sind. Es soll eine regelmäßige Überprüfung der Luftqualitätsnormen geben, um sie im Einklang mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen neu zu bewerten. Der Jahressgrenzwert für den Hauptschadstoff Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) soll um mehr als die Hälfte gesenkt werden.

Außerdem soll die Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser überarbeitet werden. Das Ziel sind saubere Flüsse, Seen, Grundwasser und Meere. Darüber hinaus soll der Sektor bis 2040 energieneutral werden und die Qualität des Klärschlammes deutlich erhöht werden, um so zur Kreislaufwirtschaft beizutragen. Ein Teil des Kommissionsvorschlages betrifft die Einführung eines neuen Systems der erweiterten Herstellerverantwortung für die pharmazeutische und kosmetische Industrie. Aus Sicht des Fachverbandes muss in diesem Zusammenhang eine faire und verhältnismäßige Kostenaufteilung, die tatsächliche Emissionen berücksichtigt, sichergestellt werden.

Ein dritter Teil des Paketes betrifft die Aktualisierung der Listen mit Wasserschadstoffen. Durch Änderungen der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie und der Umweltqualitätsstandard-Richtlinie sollen 25 Stoffe in die Listen aufgenommen werden. Wir sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass bei der Überarbeitung europäischer Rechtsakte ein verhältnismäßiger und wissenschaftlich fundierter Ansatz verfolgt wird. Mit dem vorliegenden EK-Vorschlag zur Überarbeitung des europäischen Wasserrechts besteht jedoch die Gefahr, dass bestehende Rechtsvorschriften noch verschärft, komplexer und unklarer werden.

Die Vorschläge werden nun vom Europäischen Parlament und vom Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geprüft. Nach ihrer Annahme treten sie schrittweise in Kraft, mit unterschiedlichen Zielen für 2030, 2040 und 2050.



Ihr Experte für Umwelt- und Anlagenrecht:

**Dr. Reinhard Thayer**  
Telefon: 05/90 900-3365  
thayer@cfio.at



# RESPONSIBLE CARE

Responsible Care ist eine freiwillige Initiative der chemischen Industrie, die sich zum Zweck der Verbesserung der Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltsituation strenge Selbstkontrollen auferlegt hat.

Um Unternehmen bei der Implementierung von Responsible Care zu unterstützen, werden die digitalen Möglichkeiten der heutigen Zeit genutzt.

Das digitale CEFIC-Webtool unterstützt Responsible Care-Unternehmen bei der Leistungsbewertung, identifiziert Bereiche mit Verbesserungsbedarf und bietet neben umfassendem Datenschutz auch weitere Funktionen:

- Benchmarking der Leistung mit Branchenkollegen,
- Querverweise auf die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und andere internationale Standards,
- maßgeschneiderte Tipps zur kontinuierlichen Verbesserung,
- in 18 Sprachen verfügbar.



Ihre Ansprechpartnerin für die Initiative Responsible Care:

**Dr. Dominique Schröder**  
Telefon: 05/90 900-3373  
schroeder@fcio.at

Zusätzlich bleibt auch die Möglichkeit des bewährten Responsible Care Audits mit den erfahrenen Auditoren des Fachverbandes weiterhin bestehen:  
<https://www.fcio.at/nachhaltigkeit/responsible-care/>

Mit **AKDENIZ Chemson Additives AG** (Arnoldstein) sowie **BUSSETTI & Co GmbH** (Wien) kamen 2022 zwei neue Standorte zu den Responsible Care-zertifizierten Unternehmen hinzu.

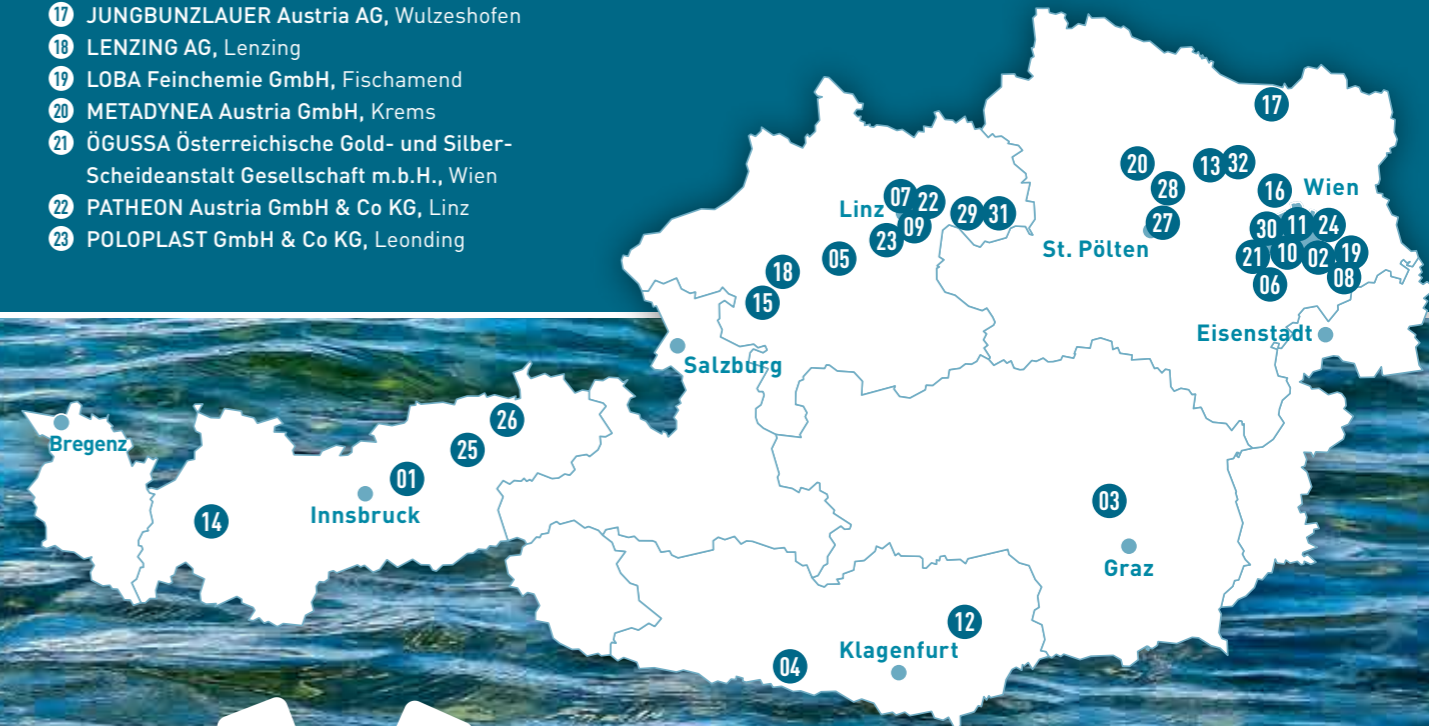
WIEDER ERFOLGREICH BESTANDEN: **DIC Performance Resins GmbH**, Wien, **DONAU Chemie AG** mit den Standorten Brückl, Landeck und Pischelsdorf sowie **EVONIK Fibres GmbH**, Schörföling.



## Betriebe mit Responsible Care

In diesen Firmen arbeitet rund ein Drittel der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie:

- 01 ADLER-WERK Lackfabrik Johann Berghofer GmbH & Co KG, Schwaz
- 02 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Schwechat
- 03 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Leoben-Donawitz
- 04 AKDENIZ Chemson Additives AG, Arnoldstein
- 05 AVENARIUS AGRO GmbH, Wels
- 06 AXALTA Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf
- 07 BOREALIS Agrolinz Melamine GmbH, Linz
- 08 BOREALIS Polyolefine GmbH, Mannswörth
- 09 BOREALIS Polyolefine GmbH, Linz
- 10 BUSSETTI & Co GmbH, Wien
- 11 DIC Performance Resins GmbH, Wien
- 12 DONAU CHEMIE AG, Brückl
- 13 DONAU CHEMIE AG, Pischelsdorf
- 14 DONAU CHEMIE AG, Landeck
- 15 EVONIK Fibres GmbH, Schörföling am Attersee
- 16 EVONIK Peroxid GmbH, Weißenstein
- 17 JUNGBUNZLAUER Austria AG, Wulzeshofen
- 18 LENZING AG, Lenzing
- 19 LOBA Feinchemie GmbH, Fischamend
- 20 METADYNEA Austria GmbH, Krems
- 21 ÖGUSSA Österreichische Gold- und Silberscheideanstalt Gesellschaft m.b.H., Wien
- 22 PATHEON Austria GmbH & Co KG, Linz
- 23 POLOPLAST GmbH & Co KG, Leonding
- 24 REMBRANDTIN Coatings GmbH, Wien
- 25 SANDOZ GmbH, Kundl
- 26 SANDOZ GmbH, Schafotenau
- 27 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Stattersdorf
- 28 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Radlberg
- 29 SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg
- 30 Applied Chemicals Handels-GmbH, Wien
- 31 Dalmatherm Dämmtechnik GmbH, Perg
- 32 Donauchem GmbH, Pischelsdorf



Auch chemienahe Unternehmen können sich dem Responsible Care-Audit unterziehen. Derzeit sind mit dem RC-Zertifikat ausgezeichnet:



# ENERGIE & KLIMA

## Energiekosten und Versorgungssicherheit als kritische Standortfaktoren

Das Thema Energie hat im Jahr 2022 die politische Agenda in der EU und in Österreich dominiert. Als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stiegen die Gas- und Strompreise ab Februar massiv an, ausgehend von einem ohnehin bereits sehr hohen Niveau. Sie blieben auch bis zum Jahresende deutlich über den Werten der letzten Jahre. In Anbetracht reduzierter Gaslieferungen aus Russland wurde die Gefährdung der Energieversorgungssicherheit Österreichs zum Top-Thema.

Nach der russischen Invasion in der Ukraine Ende Februar und der schrittweisen Reduktion der Gasexporte in die EU überstiegen die Erdgas-Börsenpreise im Sommer in Europa 300 EUR/MWh, was mehr als dem Zehnfachen des Durchschnittspreises der letzten Jahre entspricht. Nachdem ein Großteil der russischen Lieferungen ausfiel, wurde der Import von Flüssiggas über die europäischen LNG-Terminals zum Rettungsanker. In der Folge führten rekordhohe Speicherstände aufgrund neuer regulatorischer Vorgaben und konsequenter Gaseinkäufe, in Kombination mit mildem Herbstwetter und der starken LNG-Versorgung, zum Rückgang der Gaspreise: die TTF-Benchmarks für Pipelinegas fielen ab Oktober wieder auf unter 100 EUR/MWh. Dies war zwar weniger als ein Drittel des Allzeithochs Ende August, aber immer noch mehr als das Fünffache des Durchschnitts der letzten Jahre.

Die Prozesse der chemischen Industrie sind vor allem im Bereich der Grundchemikalien sehr energieintensiv. Erdgas stellt dabei einen wichtigen Energieträger und Rohstoff für diesen Industriesektor dar. Es wird für eine Vielzahl von Materialien und Stoffen benötigt, die man für die Herstellung von systemrelevanten Produkten wie Medikamenten, Desinfektionsmitteln oder Düngemitteln braucht. Außerdem ist die chemische Industrie auch wichtiger Zulieferer für alle anderen

Industriesektoren: 96 Prozent der in der EU hergestellten Waren benötigen Vorprodukte aus der Chemie. Von der Landwirtschaft über die Lebensmittel- und Getränkeindustrie, das Gesundheitswesen, die Energiewirtschaft, den Maschinenbau, die Bauwirtschaft, die Textilindustrie, den Umwelttechniksektor bis zum Verkehrswesen. Auch die Energiewende hängt davon ab, ob Spezialkunststoffe und High-Tech-Beschichtungen für Windräder und Solarpaneele produziert werden können.

Bereits mit Beginn der Energiekrise hat der Fachverband verstärkt die Energieversorgungssicherheit thematisiert und eine Vorbereitung für den Ernstfall eingemahnt. Die trügerische Sicherheit, bedingt durch milde Temperaturen, niedrigere Gaspreise und hohe Speicherniveaus, darf aber nicht zu Sorglosigkeit betreffend der Versorgungssicherheit führen. Bei vollständiger Einstellung der russischen Pipeline-Gaslieferungen in die Europäische Union, kombiniert mit einer Rückkehr der chinesischen LNG-Importe auf das Niveau von 2021, könnte Europa auch 2023 mit einer erheblichen Versorgungslücke konfrontiert werden. Dies hätte massive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in Österreich zur Folge.

Die chemische Industrie hat jedoch schon vor der Energiekrise zahlreiche Schritte zur Dekarbonisierung der Branche gesetzt. So investieren Unternehmen bereits seit Jahren verstärkt in PV-Anlagen. Die Branche setzt auch zunehmend biobasierte Rohstoffe und Brennstoffe ein. Zudem ist Kreislaufwirtschaft ein erfolgreicher Weg zur Dekarbonisierung, der auch abseits der Kunststoffe schon vielfach beschritten wird. Weiters werden Carbon Capture and Utilization und grüner Wasserstoff als entscheidende Zukunftstechnologien für die Transformation der Branche gesehen. Die grüne Transformation hängt entscheidend von in Europa produzierten Rohstoffen ab, weshalb eine

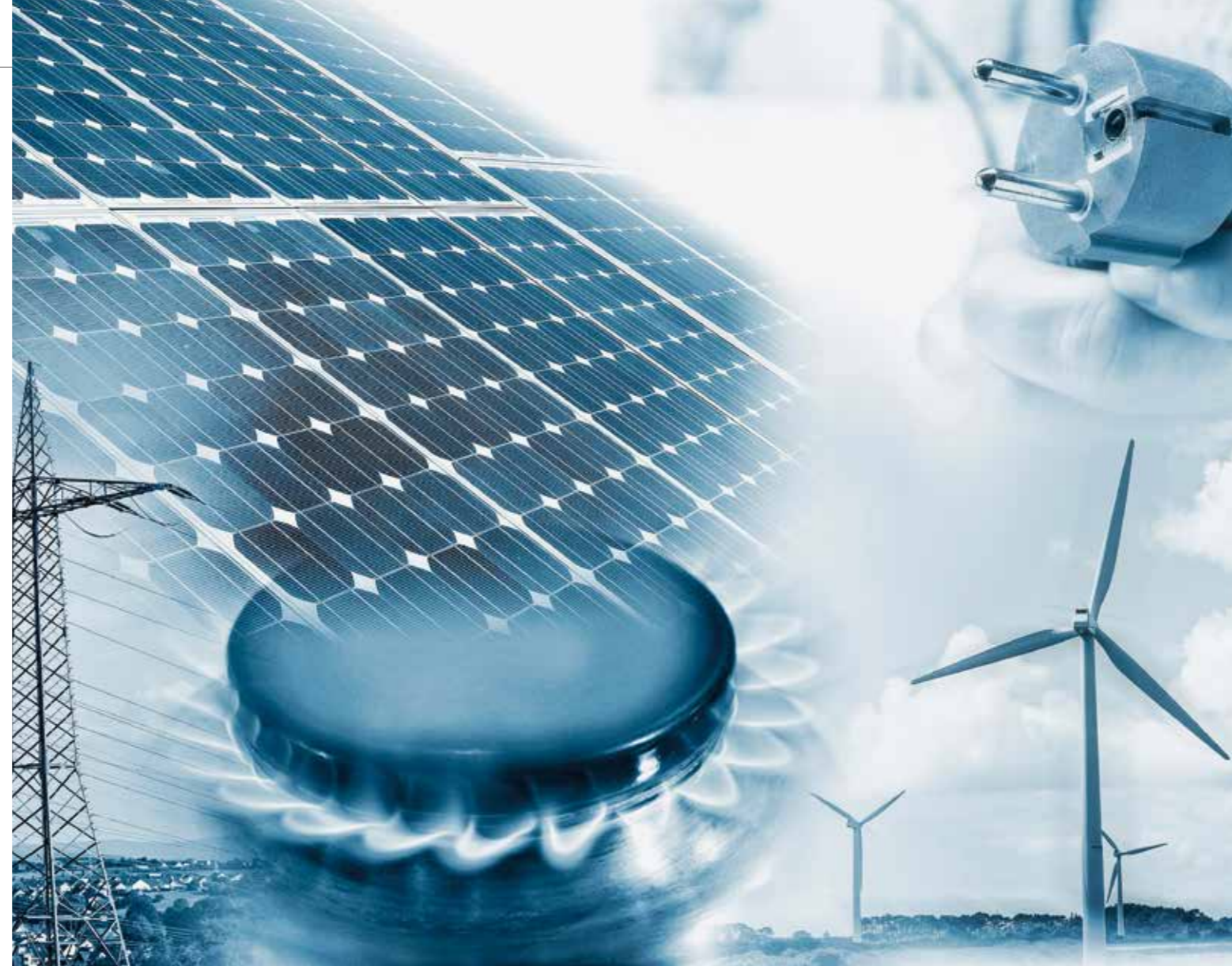


Foto: © adobestock.com/gopixa

Deindustrialisierung dringend verhindert werden muss. Außerdem benötigt die Branche für ihre eigene Transformation ausreichende Mengen an leistbarem Grünstrom.

### Energiekostenzuschuss: verspätete Umsetzung des EU-Krisenrahmens

Mit dem Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz (UEZG 2022) wurde im Juli 2022 – leider mit Verspätung und ohne entsprechende Begutachtung oder Einbindung der Industrie – der EU-Krisenrahmen (Temporary Crisis Framework) umgesetzt. Der Abschluss der beihilfenrechtlichen Prüfung der Förderrichtlinie durch die EU-Kommission sowie ihr Inkrafttreten erfolgte erst im November. Aufgrund erheblicher Einschränkungen der Förderungen durch den Krisenrahmen (zB negatives Betriebsergebnis als Voraussetzung) wird das Instrument für die Industrie zumeist schwer nutzbar werden. Der Fachverband hat daher bereits früh den

Fokus auf die Überarbeitung des EU-Krisenrahmens gerichtet, um die wichtigsten Kritikpunkte am aktuellen Förderregime für die Zeit ab Oktober 2022 umzusetzen. Kurz vor Weihnachten präsentierte die Bundesregierung die Verlängerung des Energiekostenzuschusses bis Dezember sowie Eckpunkte für die Ausweitung der Unterstützungsmaßnahmen ab Jänner.

### Nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung: verspätetes Inkrafttreten trotz hoher Energiepreise

Nach Verschiebung von Juli auf Oktober ist die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Basis des Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetzes (NEHG 2022) am 1. Oktober 2022 in Kraft getreten. Damit wird ein stufenweise bis 2025 steigender CO<sub>2</sub>-Fixpreis, beginnend mit 30 EUR/t, auf alle in Non-ETS-Sektoren (Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft, Non-ETS-Industrie) eingesetzten fossilen Energieträger eingesetzt; dann soll das nationale System in

ein erweitertes EU-ETS-System übergeführt werden. Der Fachverband setzte sich gemeinsam mit der Bundessparte Industrie insbesondere für die Finalisierung der überfälligen und schließlich rückwirkend mit 1. Oktober 2022 in Kraft getretenen NEHG-EU ETS-Befreiungsverordnung ein. Die Verschiebung der Erhöhung für 2023, wie in Deutschland beschlossen, wurde von der Regierung abgelehnt.

### Klima-/Transformationsoffensive: Finanzierung attraktiv, Rechtsrahmen fehlt

Die Bundesregierung präsentierte im Oktober 2022 die budgetrechtlichen Meilensteine für die Unterstützung der Industrie am Weg zur Klimaneutralität. Bis 2030 stehen Förderungen im Ausmaß von bis zu 5,7 Milliarden Euro zur Verfügung; die entsprechenden Förderrichtlinien sollen nun ausgearbeitet werden. Erfreulich ist, dass auch die zukunftsorientierte Forschung und Technologieentwicklung als Hebel für

die grüne digitale Transformation gestärkt wird. Nach den ersten budgetären Schwerpunktsetzungen ist es nun aus Sicht des Fachverbandes wichtig, dass auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend rasch, praxispflegend und wettbewerbsfähig gestaltet werden.

### Reform der EU-Emissionshandelsrichtlinie und Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs

Das Plenum des Europäischen Parlaments stimmte im Juni über zwei zentrale Rechtsakte des im Juli 2021 von der EU-Kommission vorgelegten Fit-for-55-Pakets ab: die Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie (ETS-RL) und der Vorschlag zur Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM). Der Europäische Rat hatte seine Position zum CBAM bereits am 15. März 2022 im ECOFIN finalisiert, zur ETS-RL erfolgte dies danach. Die finale Entscheidung fiel in den Trilogverhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament im November und Dezember. Zentrales Anliegen der gesamten europäischen Industrie war es vor allem, das geplante phase-out der freien Zuteilung im ETS an die Bestätigung der vollen Effektivität des CBAM als wirksamer Carbon-Leakage-Schutz zu knüpfen; dies ist zumindest teilweise gelungen. Eine weitere Forderung des Fachverbandes betraf insbesondere die Aufrechterhaltung der freien Zuteilung für EU-Exporte in Nicht-EU-Staaten zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit. Bis 2025 bewertet die Kommission nun das Risiko der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen (Carbon Leakage) für in der EU hergestellte Waren, die für die Ausfuhr in Nicht-EU-Länder bestimmt sind, und legt erforderlichenfalls einen WTO-konformen Legislativvorschlag vor, um diesem Risiko zu begegnen. Darüber hinaus werden rd. 47,5 Millionen Zertifikate verwendet, um neue und zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen, um das Risiko einer exportbedingten Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen einzudämmen.



Ihr Experte für Energie- und Klimathemen  
**Dr. Reinhard Thayer**  
 Telefon: 05/90 900-3365  
 thayer@fcio.at

# ENERGIEKRISE, INNOVATIONEN, KLIMASCHUTZ

## Schwerpunkte in der Kommunikationsarbeit

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen auf die Energieversorgung und die Kosten für Strom und Gas waren über weite Strecken des Jahres 2022 die beherrschenden Themen in den Medien. Dies galt auch für die Kommunikation des FCIO. Die Bevölkerung und wichtige Entscheidungsträger mussten darüber informiert werden, dass die Chemie nicht nur eine energieintensive Branche ist, sondern dass ihre Produkte für die Gesellschaft lebensnotwendig sind. Dass Erdgas nicht nur Energieträger, sondern auch Rohstoff und damit Ausgangspunkt für die unterschiedlichsten Stoffe und Produkte in der Chemie ist, war für viele ein Novum. Bereits Mitte März hatte der FCIO davor gewarnt, dass eine Unterbrechung der Gasversorgung im schlimmsten Fall zu Produktionsausfällen bei Medikamenten und Düngemitteln führen könnte. Der Fachverband forderte aktiv ein auf umfassenden Analysen basierendes Gesamtkonzept für den Krisenfall, das auch Lieferketten und systemrelevante Produkte der chemischen Industrie berücksichtigt. Durch intensive Kommunikationsanstrengungen konnte eine Vielzahl von Artikeln und Berichten in Online- und Printmedien sowie in Radio und TV generiert werden. In insgesamt 27 Sendungen

(Zeit im Bild, Zeit im Bild 2, bei ServusTV und in den Ö1 Radiojournalen) konnte Sylvia Hofinger in Interviews und Statements auf die Dringlichkeit des Themas hinweisen und die Positionen der chemischen Industrie vertreten.

Einer der Höhepunkte der Kommunikationsarbeit 2022 war die Pressekonferenz zum Thema „Transformation zur Klimaneutralität“ Mitte Mai. FCIO-Obmann Hubert Culik präsentierte gemeinsam mit seinen Stellvertretern Helmut Schwarzl und Ulrich Wieltsch sowie Studienautor Franz Sinabell die Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO. Erstmals seit der Präsentation des EU Green Deals wurde in Österreich eine gesamthafte wissenschaftliche Analyse durchgeführt, die die Bedeutung der chemischen Industrie für den Klimaschutz in den verschiedenen Sektoren aufzeigt. Gerade unter dem Eindruck der Energiekrise konnte gezeigt werden, wie wichtig die Leistungen der Kreislaufwirtschaft, der erneuerbaren Energien und der Innovation der chemischen Industrie für die Umsetzung des europäischen Green Deals sind.

Die Innovationskraft unserer Mitgliedsunternehmen stand auch im Mittelpunkt



Foto: © FCIO/APA-Fotoservice/Reither

einer FCIO-Pressereise Ende September. Journalistinnen und Journalisten verschiedener österreichischer Medien wurden nach Tirol eingeladen, um vor Ort zu zeigen, was nachhaltige Hightech-Produktion und Innovation konkret bedeuten. Bei Betriebsbesichtigungen der ADLER-Werk Lackfabrik, BASF Österreich, COVERIS Flexibles Austria und NOVARTIS Pharma wurden den Medienvertretern Produktions- und Innovationsprozesse vorgestellt. Expertinnen und Experten der Unternehmen gaben Einblicke in ihre Forschungs- und Entwicklungsarbeit und erläuterten, wie die Transformation zu einer klimaneutralen Produktion gelingen kann und welche Herausforderungen durch globale Veränderungen in Bereichen wie Lieferketten, Energie und Rohstoffe auf die Unternehmen zukommen.

Um die Bandbreite der Nachhaltigkeitsleistungen der chemischen Industrie einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, hat der FCIO eine Medienkooperation mit der Tageszeitung Kurier realisiert. In einem 24-seitigen redaktionellen Sonderteil, der am 22. September österreichweit der



Die Appelle des FCIO zur Gasversorgung fanden in den Medien viel Widerhall.

Pressekonferenz zu WIFO-Studie mit FCIO-GF Sylvia Hofinger, WIFO-Studienautor Franz Sinabell, FCIO-Obmann Hubert Culik sowie seine Stellvertreter Helmut Schwarzl und Ulrich Wieltsch.

Tageszeitung beilag, wurden Hintergründe und Fakten zum Thema „Nachhaltige Chemie“ ansprechend und leicht verständlich aufbereitet. Konkret wurde anhand von Beispielen aus FCIO-Mitgliedsunternehmen gezeigt, welche Rolle die Chemie und die chemische Industrie beim Thema Nachhaltigkeit spielen. Die Berichterstattung über Green Chemistry, nachhaltige Produktionstechniken und Ressourcenverbrauch, Solarzellen, Batterien, E-Mobilität, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Verpackungen, Windkraftanlagen, Wasserstofftechnologien, Gebäudedämmung und -isolierung wurde durch Einschätzungen von Experten aus Wissenschaft und Forschung ergänzt.

Die Leistungen der chemischen Industrie in den Bereichen Nachhaltigkeit und Innovation standen auch im Mittelpunkt weiterer Medienaktivitäten und Kooperationen. In wichtigen heimischen Medien wie Standard, Trend oder News konnten Themen wie „Intelligente Holzlacke“ oder der Einsatz von Robotern in Forschungslabors

der Pharmaindustrie platziert und die Bedeutung des Einsatzes von Technologien und Produkten der chemischen Industrie für Energieunabhängigkeit und Klimaschutz aufgezeigt werden.

Am Mikroskop, der gemeinsame Podcast des FCIO und des Forums der forschenden pharmazeutischen Industrie (FOPI), widmet sich der pharmazeutischen Forschung und Produktion im Lichte aktueller Entwicklungen. 2022 wurden weitere 8 Folgen produziert und veröffentlicht. Unter der Moderation von Martina Rupp diskutierten Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft über wichtige Themen wie Patentschutz, Standortfaktoren für medizinische Spitzenforschung, die Zusammenarbeit von Ärzten und Pharmaindustrie sowie Versorgungssicherheit in Krisenzeiten.

Die im Jahr 2021 gestartete Social-Media-Kampagne des Fachverbands zur Verbesserung des Images der chemischen Industrie und ihrer Produkte hat sich als sehr



erfolgreich erwiesen. Um vor allem junge Menschen zu erreichen, wurden auch 2022 wieder unterhaltsame und emotionale Bild-, Text- und Videopostings erstellt und über Facebook und Instagram verbreitet. Mit knapp 70 Postings wurden 5,2 Millionen Nutzerinnen und Nutzer erreicht und über 460.000 Interaktionen generiert. Inhaltliche Schwerpunkte waren Klimaschutz, Gesundheit und Forschung, Haushalt, Freizeit und Sport sowie Bauen und Wohnen. Viele Userinnen und User reagierten positiv auf die informativen Inhalte. Bei den meisten Posts lag das Verhältnis von positiven zu negativen Reaktionen bei über 80:20. Aufgrund des Erfolges der Kampagne wird diese 2023 fortgesetzt und ausgeweitet.



Ihr Ansprechpartner für Öffentlichkeitsarbeit:  
**Mag. Andreas Besenböck**  
 Telefon: 05/90 900-3372  
 besenboeck@fcio.at

# WERBEKAMPAGNE ÜBERTRAF ALLE PROGNOSEN

Die Kampagne „Es gibt für alles eine Formel“ lief in zwei Flights im August/September und November/Dezember im TV und online. In einem Spot wurde eine Leistungsschau der chemischen Industrie präsentiert. Dabei wurden in 22 Sekunden vier Teilbereiche vorgestellt, in denen die Branche ein Enabler ist: Recycling von Textilfasern, Elektromobilität, erneuerbare Energien und Gesundheit. Ziel der Kampagne ist es, den positiven Nutzen von Chemie zu unterstreichen und beim Zuseher Faszination auszulösen und so das ambivalente Image zu verbessern.

Der Spot war auf zahlreichen Fernsehsendern (ORF, ATV, ServusTV, SAT.1, PULS4, RTL, VOX, ...) acht Wochen lang zu sehen und erreichte dort eine Bruttoreichweite von 25 Millionen, wobei jeder Seher davon den Spot durchschnittlich 6,5 Mal ausgespielt bekam.

Online lief die Kampagne neben Social Media, YouTube und der TVthek des ORF auch in verschiedenen Netzwerken. Insgesamt erzielte man dort mehr als 20 Mio. Sichtkontakte (geplant waren 9 Millionen) und generierte dabei mehr als 2,9 Mio. fertige Video-Views.

Die Ausspielung auf YouTube konnte mehr als 2,2 Mio. Sichtkontakte erzielen. Die Reichweite dieser Schaltung beträgt mehr als 700.000 YouTube-Nutzer. Durch die genauen Daten, die uns YouTube liefert, konnten wir feststellen, dass bei 48,33 Prozent aller Views das Video bis zum Ende abgespielt wurde. 59,87 Prozent haben es mindestens bis zur Hälfte abgespielt. Nicht nur die Höhe der Prozentsätze ist hier erfreulich, sondern auch der relativ kleine Unterschied zwischen der Hälfte und 100 Prozent. Solche hohen Werte werden üblicherweise bei Kampagnen erzielt, die verstärkt auf TV-Geräten laufen. Die FCIO-Kampagne allerdings hatte auf YouTube einen 55-prozentigen Mobilnutzeranteil und lediglich 35 Prozent aller Views wurden auf TV-Geräten erzielt. Dies zeigt, dass das Video die Seher fesseln konnte und neugierig machte.

Alle Werbemittel führten zur Website diechemie.at, wo man sich über die einzelnen Themenblöcke näher informieren konnte.



Ihre Ansprechpartnerin für die Werbekampagne:  
**Mag. Dorothea Pritz**  
Telefon: 05/90 900-3364  
pritz@fcio.at

**WIR SCHENKEN ALTEN STOFFEN NEUES LEBEN.**

**Chemie.**  
Es gibt für alles eine Formel.

diechemie.at

**FCIO**  
CHEMISCHE INDUSTRIE

© dmb - Demmer, Mertlcek und Bergmann



Foto: © ägut/Petra Blauensteiner

Beim Stakeholderdialog ging es 2022 um Hightech-Produkte auf Biobasis.

zu fördern, Kollaborationen zu ermöglichen, Mehrwerte zu kommunizieren und mögliche Bedenken auszuräumen, fokusierte sich die Veranstaltung auf die aktive Vernetzung und den Austausch von interessierten Expert:innen zu vorhandenen Problemstellungen und möglichen Lösungsansätzen.

Der jährliche **Stakeholderdialog Biobased Industry** beendete im Dezember das Veranstaltungsjahr. Mit den bei der Veranstaltung präsentierten Forschungen für eine biobasierte Industrie wird die Transformation zu einem nachhaltigen und kreislauforientierten Wirtschaften genauso vorangetrieben wie die Unabhängigkeit der europäischen Industrie.

## VERANSTALTUNGEN

**Im Frühjahr 2022 hatte die Corona-Pandemie das Land noch voll im Griff, weshalb der Veranstaltungsschwerpunkt in den Herbst gelegt wurde.**

Den Anfang machte ein Informations-Event zur **Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit**, der das Wissen der Teilnehmer:innen im Bereich REACH und CLP auf den aktuellen Stand brachte. Thomas Jakl, Abteilungsleiter Chemikalien und Biozide im BMK, erläuterte in seiner Präsentation die grundlegenden Ziele der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, stellte kurz die zu erwartenden Änderungen der CLP- und der REACH-Verordnung vor und verwies auf die österreichischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Grünen Chemie. Christian Gründling, FCIO, und Marko Susnik, WKÖ UP, erläuterten im Detail den derzeitigen Stand der Revisionen von CLP und REACH.

Danach wies Volker Soballa, Evonik, auf die möglichen Auswirkungen der geplanten Änderungen auf die chemische Industrie hin und betonte dabei die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit zwischen der Behörde, der Wirtschaft und den beteiligten Verbänden, um praxistaugliche Lösungen zu erarbeiten. Abschließend berichtete Martin Peter, Collini, am

Beispiel der Oberflächentechnik über die Probleme und Schwierigkeiten von nachgeschalteten Anwendern mit den chemikalienrechtlichen Regelungen.

Eine weitere Veranstaltung, die vom Fachverband gemeinsam mit dem BMK ausgetragen wurde, widmete sich dem Einsatz von **Advanced Digital Technologies** beim Geschäftsmodell „Chemicals as a Service“. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit visionären sowie inspirierenden Vorträgen und Pitches von hochkarätigen Vertreter:innen der Chemiewirtschaft und aus dem Bereich der digitalen Technologien. Dabei konnten die Teilnehmer:innen aus erster Hand erfahren, welche Advanced Digital Technologies zur Unterstützung von nachhaltigen Geschäftsmodellen (zB „Chemicals as a Service“) in der Chemiewirtschaft bereits zum Einsatz kommen, sich derzeit in Entwicklung befinden oder noch weitgehend unbekannt sind.

Um einen verstärkten Wissensaustausch zwischen den beiden Stakeholdergruppen

Farbpigmente aus Pilzen, lebensmittelreife und recyclingfähige Flaschen aus Polymilchsäureester, spezielle Dünger aus Bioraffinerien und Hydrogele als Unterstützung oder Ersatz für herkömmliche Bewässerung in der Landwirtschaft, Flugzeugleichtbauteile, Kohlenstoff-Metall-Komposite oder Hochleistungskeramik: dies ist nur ein Auszug aus den vorgestellten Forschungsprojekten zu Hochleistungsanwendungen mit biogenen Rohstoffen. Als wichtigstes Fazit kann aus der Veranstaltung gezogen werden, dass biogene Materialien grundsätzlich für den überwiegenden Teil chemischer High-Tech-Verfahren bereitgestellt werden können.

Auffallend war, dass bereits zahlreiche Forschungsprojekte mit Lebenszyklusanalysen begleitet werden und so bei der Entwicklung eines Produktes das Umweltsverhalten gleich mitbedacht und mitunter sucht wird. Dass die Digitalisierung von der Innovation nicht mehr zu trennen ist, zeigte das große Interesse an einer Datenbank zu den Stoffflüssen der Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft.



Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:  
**Mag. Dorothea Pritz**  
Telefon: 05/90 900-3364  
pritz@fcio.at



Foto: © adobestock.com/seventyfour

## ARBEITSSCHUTZ

### Krebserzeugende Arbeitsstoffe weiterhin im Fokus

Auf europäischer Ebene stellte in den letzten Jahren der sichere Umgang mit chemischen Arbeitsstoffen einen Schwerpunkt dar. Im Rahmen der Karzinogene-Richtlinie wurden viele bedeutende krebserzeugende Arbeitsstoffe mit einem verbindlichen EU-weitem Grenzwert versehen. In der jüngsten Änderung der EU-Regelung für krebserzeugende Arbeitsstoffe wird es durch die zusätzliche Aufnahme von reproduktionstoxischen Stoffen in die Richtlinie zu einer deutlichen Ausweitung des Geltungsbereiches auf EU-Ebene kommen. In Österreich unterliegen fortpflanzungsgefährdende Arbeitsstoffe immer schon den gleichen Regelungen wie Karzinogene und Mutagene, sodass diese Änderung eine Angleichung an das österreichische Recht darstellt.

National werden die EU-Grenzwerte in der Grenzwertverordnung umgesetzt. Die jüngsten Änderungen sind bis spätestens

April nächsten Jahres auch national zu verankern. Strengere Grenzwerte wird es für Benzol, Acrylnitril und anorganische Nickelverbindungen geben. Mit einem Entwurf zur Anpassung der Verordnung ist im Sommer zu rechnen.

Außerdem sind neue und verschärfte Grenzwerte für krebserzeugende Arbeitsstoffe auf europäischer Ebene vorgesehen, darunter auch ein deutlich niedrigerer Grenzwert für Asbest. Auch die Einführung von risikobasierten Grenzwerten wird nun EU-weit diskutiert; diese sind für Arbeitsstoffe ohne sicheren Schwellenwert bereits in Deutschland und den Niederlanden verankert. Auch in Österreich wurde vor einigen Jahren bereits ein konzeptioneller Regelungsansatz erarbeitet. Dieser wurde aber bis dato noch nicht national umgesetzt.

Die Verwendung geeigneter Risikomanagementmaßnahmen am Arbeitsplatz ist allerdings nicht mehr nur Gegenstand des Arbeitsschutzrechts, sondern auch des Chemikalienrechts. Mit der Expositionsbeurteilung bei der Registrierung von Stoffen unter REACH verschwimmen oft die Grenzen zwischen Arbeitsschutz und Stoffrecht. Zusätzlich werden durch Beschränkungen im EU-Chemikalienrecht vermehrt Arbeitsplatzregelungen veran-

kert. Ein Beispiel dafür ist der Grenzwert für N-Methylpyrrolidon (NMP) für die industrielle und gewerbliche Verwendung in REACH Anhang XVII. Dieser Grenzwert wurde in Österreich ebenfalls in der Grenzwertverordnung verankert.

Bei Diisocyanaten sieht eine REACH-Beschränkung eine verpflichtende Schulung aller gewerblichen und industriellen Verwender bis spätestens 24. August dieses Jahres vor. National wurde in einem Leitfadens das Verhältnis dieser chemikalienrechtlichen Schulungsverpflichtung und der notwendigen Arbeitsplatzevaluierung klargestellt. Betroffen sind von dieser Regelung alle Unternehmen, die Diisocyanat-haltige Produkte wie beispielsweise Lacke, Klebstoffe und Schäume herstellen oder verwenden.

Die Ausweitung von chemikalienrechtlichen Verpflichtungen, die lediglich den Arbeitsschutz betreffen, ist auch in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit absehbar. Umso notwendiger ist eine EU-weite und auch nationale Diskussion zur Schnittstelle zwischen REACH und Arbeitsschutz. Maßnahmen, die den Arbeitsplatz betreffen, sollten durch Maßnahmen am Arbeitsplatz geregelt werden und nicht im Chemikalienrecht.



Ihr Experte für Arbeitsschutz:

**Dr. Christian Gründling**  
Telefon: 05/90 900-3348  
gruendling@fcio.at

## PERSONALAUSSFÄLLE, ARBEITSKRÄFTEMANGEL UND FLEXIBLE ARBEITSZEITEN

Der Start ins Jahr 2022 war noch stark geprägt von Personalausfällen durch Krankheit, Sonderbetreuungszeiten bzw. Quarantänebestimmungen aufgrund der Omicron-Variante des Coronavirus. Masken- und Testpflicht gehörten zum Alltag. Mit dem Auslaufen der Pandemie verlangte die steigende Nachfrage wieder mehr Produktion und damit begann als neue Herausforderung der Kampf um die

verfügbaren Arbeitskräfte am Markt. Nie waren mehr Menschen in Beschäftigung und auch die Zahl der Lehrlinge stieg im vergangenen Jahr an; trotzdem ist und bleibt der Arbeitskräftemangel auch aufgrund des demographischen Wandels die Hürde schlechthin. Das Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsfähigkeit und attraktivem Arbeitgeber wird auch aufgrund der enormen Abgabenquote immer schwerer zu bewältigen. Der gleichzeitige Wunsch der Arbeitnehmer:innen nach kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten in einem Umfeld mit steigenden Produktionskosten und Lieferengpässen verstärken die Problematik.

In den Kollektivvertragsverhandlungen war es in den herausfordernden Zeiten

des Frühjahrs 2022 besonders schwer, einen Abschluss zu erzielen, der wirtschaftlich für die Unternehmen der Branche gerade noch tragbar war und gleichzeitig für die Mitarbeiter:innen eine faire Erhöhung bedeutete. Nach vier Runden konstruktiver und intensiver Verhandlungen kam man am 3. Mai zu einer Einigung mit folgenden Eckdaten:

→ Die IST-Löhne und Gehälter in der chemischen Industrie wurden rückwirkend per 1.5.2022 um 4,75 Prozent, mindestens jedoch 120 Euro, erhöht, die KV-Löhne und Gehälter um 4,95 Prozent.

→ Die Lehrlingseinkommen wurden ebenfalls um 4,95 Prozent deutlich erhöht.



Ihre Expertin für Arbeitsrecht:

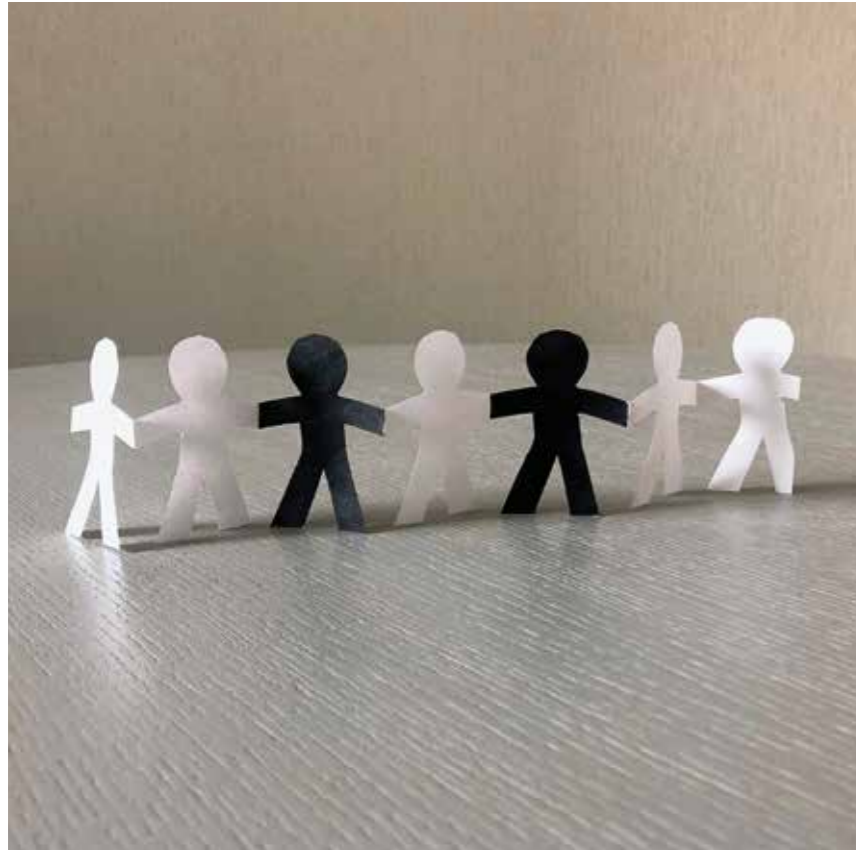
**Mag. Kathrin Desch**  
Telefon: 05/90 900-3356  
desch@fcio.at

Foto: © adobestock.com/peterschreiber.media



# OHNE ARBEITSKRÄFTE KEINE LÖSUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

## Umfrage des Fachverbands bezifferte Arbeitskräftemangel



Die chemische Industrie stand 2022 aufgrund der hohen Energie- und Rohstoffpreise sowie der Unsicherheit in der Gasversorgung stark unter Druck. Eine Umfrage des Fachverbands der Chemischen Industrie Österreichs bestätigte die zusätzliche Belastung der Branche durch den Arbeitskräftemangel. 43 Prozent der Unternehmen spürten die Knappheit an Mitarbeitern stark, fast jedes dritte Unternehmen sogar sehr stark. Der Mangel trifft alle Sektoren, von Pharma über Kunststoff- bis zur Lackindustrie gleichermaßen und ist auch nicht von bestimmten Regionen abhängig. Erwartungsgemäß leiden Unternehmen mit hohen Mitarbeiterzahlen stärker unter dem Mangel als Klein- und Mittelbetriebe.

### Arbeitskräftemangel betrifft Produktion, Forschung, Logistik und Vertrieb

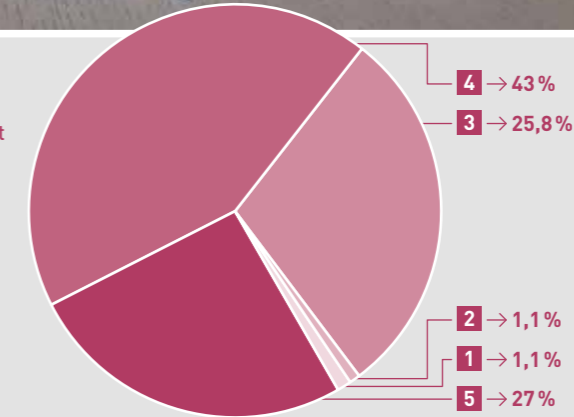
Die chemische Industrie ist eine Zukunftsbranche: ohne sie fährt kein Elektroauto, dreht sich kein Windrad und gibt es keine Solarenergie. Mit ihren Produkten sorgt sie für die Gesundheit, die Ernährung und



### Belastung

Wie viele Sorgen bereitet Ihrem Unternehmen der Arbeitskräftemangel? (1 – keine Sorgen, 5 – schwere Belastung)

75 % der Unternehmen leiden unter der Last des Arbeitskräftemangels



das Wohlbefinden der Menschen – heute wie auch morgen. Trotzdem mangelt es an allen Ecken an Personal. Die meisten Mitarbeiter fehlen in der Produktion, aber auch für den Forschungsbereich, die Logistik, den Vertrieb und die IT-Abteilungen wird Personal gesucht.

Als Hauptursache für den Arbeitskräftemangel nannten die Befragten den demografischen Wandel. Aber auch die Inflexibilität der potentiellen Arbeitnehmer und unzureichende Qualifikation sowie der Mangel an Absolventen gerade von techni-

schen und naturwissenschaftlichen Ausbildungen wurden als Gründe gesehen.

### Mangel schränkt Geschäftstätigkeit und Expansionsbestrebungen ein

40 Prozent der Befragten gaben an, dass die Geschäftstätigkeit unter dem Mangel leidet, 34 Prozent scheuen deswegen vor Expansionen zurück. Mit Automatisierung versucht man, die fehlenden Mitarbeiter zu ersetzen. Die Hälfte der befragten Unternehmen setzt auf unternehmenseigene Ausbildungen, um Mitarbeitern die entsprechenden Qualifikationen zu verleihen.

### Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte und des Arbeitsmarktes als Hoffnungsträger

Die chemische Industrie setzte sehr viel Hoffnung auf die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte, um qualifizierten Arbeitskräften aus Drittstaaten einen unbürokratischen Zugang zu unserem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Auch die Arbeitsmarktreform wurde bei der Umfrage von unseren Mitgliedern als Lösungsansatz gesehen. Die Aufnahme einer regulären Beschäftigung muss sich für Arbeitslose lohnen. Potenzial wurde auch in der Mobilisierung von Frauen für die Industrie gesehen. Notwendig hierfür wäre vielerorts ein Ausbau bei der Kinderbetreuung. Außerdem: Die chemische Industrie setzt seit Jahren auf die Förderung des naturwissenschaftlichen Interesses bei Schülern. In diesem Bereich sollte auch die Politik ihre Hausaufgaben machen und endlich mehr junge Menschen für Naturwissenschaften begeistern, forderten etliche Umfrageteilnehmer.



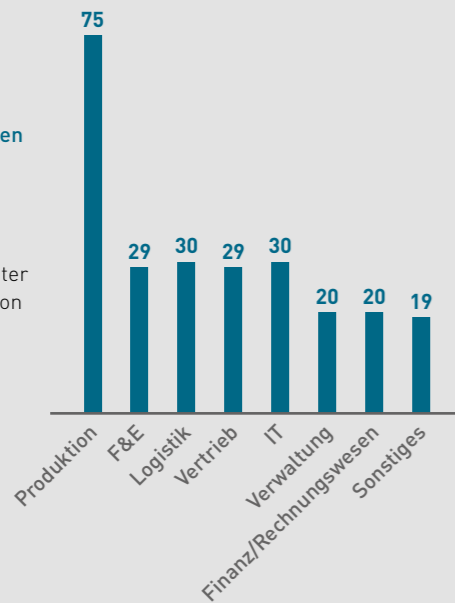
Ihre Ansprechpartnerin für Öffentlichkeitsarbeit:

Mag. Dorothea Pritz  
Telefon: 05/90 900-3364  
pritz@fcio.at

### Mitarbeiter

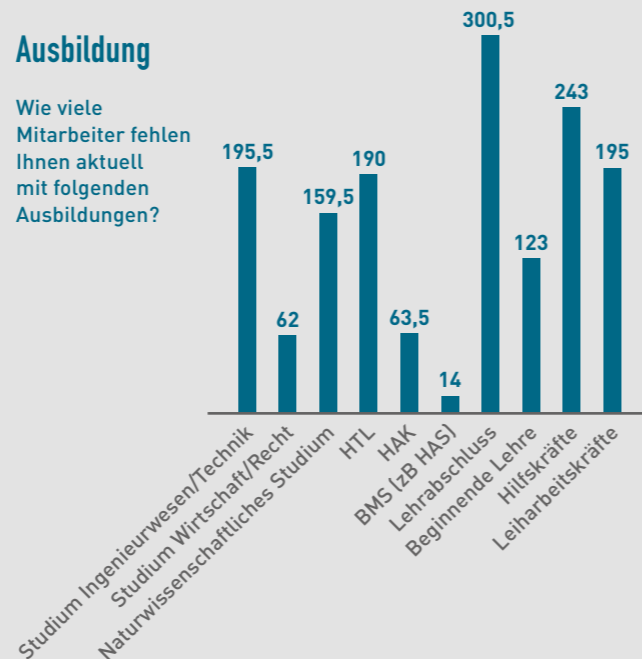
In welchen Bereichen fehlen Mitarbeiter?

Den meisten Unternehmen fehlen Mitarbeiter in der Produktion



### Ausbildung

Wie viele Mitarbeiter fehlen Ihnen aktuell mit folgenden Ausbildungen?



### Arbeitskräftemangel

Wo sehen Sie die Ursache für den Arbeitskräftemangel?



### Auswirkungen

Was sind die Auswirkungen des Arbeitskräftemangels?

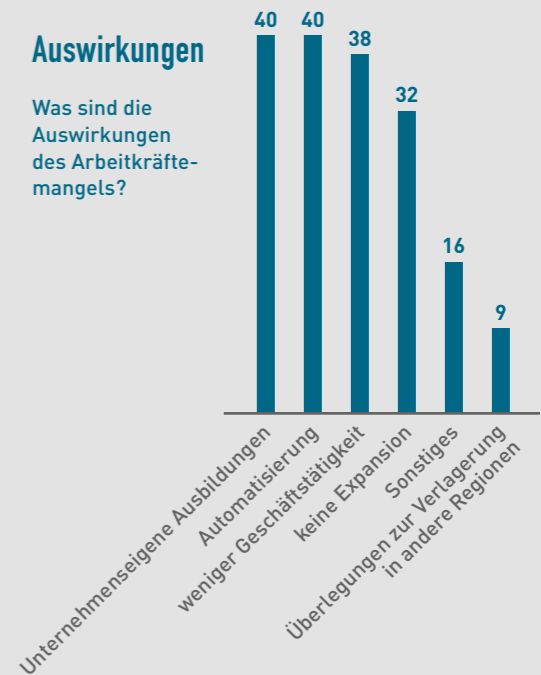




Foto: © adobe/stock.com/naka  
 Illustrationen: © adobe/stock.com/tentacula

## CHEMfluencer

### Eine Initiative der chemischen Industrie gegen den Arbeitskräftemangel

**N**aturwissenschaftler:innen und Techniker:innen sind Mangelware am Arbeitsmarkt. Zudem sorgt der demografische Wandel für weniger Nachwuchskräfte bei gleichzeitig starken Pensionsjahrgängen. Um bei jungen Menschen Begeisterung für eine Ausbildung im Bereich Chemie zu wecken, startete der Fachverband der Chemischen Industrie eine Initiative an Österreichs Schulen. Die Idee: Junge Mitarbeiter:innen aus der chemischen Industrie besuchen Schüler:innen, erzählen über ihren spannenden Beruf und experimentieren mit ihnen.

#### Wer sind die CHEMfluencer?

CHEMfluencer sind junge Mitarbeiter:innen aus einem Unternehmen der chemischen Industrie mit einer Ausbildung im Bereich Chemie oder Kunststoff. Es sind selbstbewusste Menschen mit Begeisterung für ihren Job, die sie gerne anderen vermitteln wollen.

#### Was machen CHEMfluencer?

CHEMfluencer besuchen für zwei Schulstunden eine Schulklasse mit 12-14-Jährigen und erzählen über die chemische Industrie, ihr Unternehmen, ihre Berufswahl und ihren Job. Im Anschluss experimentieren sie mit den Jugendlichen. Sie helfen damit, die chemische Industrie als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren und die Jugend für Chemie zu begeistern. Die Materialien sowie ein „Drehbuch“ für diese zwei Schulstunden werden vom Fachverband zur Verfügung gestellt.

#### Was ist das Ziel?

Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass die chemische Industrie eine Zukunftsbranche ist, die wesentliche Beiträge zur Nachhaltigkeit leistet und daher unverzichtbar am Weg zur Klimaneutralität ist. UND natürlich, dass die chemische Industrie ein guter Arbeitgeber ist, dass es viele interessante Jobmöglichkeiten gibt und dass es überall in Österreich in dieser Branche Arbeitsplätze gibt.

#### Wo und wann findet das Projekt statt?

Das CHEMfluencer-Projekt ist österreichweit geplant. Jedes österreichische Chemieunternehmen kann sich beteiligen. Die Suche nach CHEMfluencern startete im Sommer 2022, im Frühjahr 2023 erhielten die 30 Teilnehmer eine umfangreiche Vorbereitung in ganztägigen Workshops. Die Schulbesuche (etwa 100 Schulen haben sich angemeldet) finden von März 2023 bis einschließlich Juni statt. Das Projekt wird voraussichtlich für das Schuljahr 2023/24 verlängert. Sollten Sie in Ihrem Unternehmen junge Mitarbeiter:innen kennen, die sich im kommenden Schuljahr beteiligen wollen, so kontaktieren Sie bitte den Fachverband!



Ihre Ansprechpartnerin  
 für die Initiative  
 CHEMfluencer:  
**Mag. Dorothea Pritz**  
 Telefon: 05/90 900-3364  
 pritz@fcio.at

## BILDUNGS-ARBEIT LIEF WIEDER AUF HOCHTOUREN

**D**ie Bildungsarbeit im Fachverband konzentrierte sich auch im Jahr 2022 auf die Lehrerfortbildung, die Begabtenförderung und das Wecken von Begeisterung für Chemie durch Experimentalunterricht. Nachdem die Lehrerfortbildung in den vergangenen Jahren durch die Pandemie nur eingeschränkt stattfinden konnte, gab es einiges nachzuholen. So fand wieder ein Yes-we-chem-Workshop statt, bei dem besonders engagierte Schulen Best-Practice-Beispiele mit ihren Schülern vorzeigten. Auch die Sommerschule der Chemie konnte wieder ausgetragen werden. Hier lernten Lehrer eine Woche lang nicht nur Experimente mit Alltagsbezug kennen, sondern auch wichtige Details über die Beschaffung, die Lagerung und die Entsorgung von Chemikalien. Der Fachverband stattete alle Teilnehmer mit Materialien für Experimente aus.

Auch die Experimentierkoffer, die jedes Jahr vom FCIO an über 100 Volksschulen im Rahmen einer Lehrerfortbildung verteilt werden, konnten wieder übergeben werden.

Obmann Hubert Culik gratulierte den Maturanten zu ihren Auszeichnungen für ihre vorwissenschaftlichen Arbeiten.



Obmann Hubert Culik und Geschäftsführerin Sylvia Hofinger überbrachten dem Bildungsminister die Forderungen der chemischen Industrie betreffend Chemieunterricht.

Diesmal fand zum ersten Mal auch ein Auffrischungslehrgang zu diesen Chemiesets statt, bei dem die Koffer wieder mit neuen Materialien aufgefüllt wurden.

Erfreulicherweise wurde die Chemieolympiade sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene wieder als Präsenzwettbewerb ausgetragen. Die internationale Chemieolympiade, die in China stattfinden sollte und bei der der Fachverband die Teilnahme des österreichischen Teams unterstützt, konnte allerdings aufgrund der pandemischen Lage am Austragungsort nur virtuell stattfinden. Trotzdem waren die Österreicher sehr erfolgreich und errangen vier Medaillen! Wie jedes Jahr wurden auch im Sommer 2022 die Teilnehmer der österreichischen Chemieolympiade vom Fachverband zum Chemiecamp nach Wien eingeladen, um ein bisschen Laborluft zu schnuppern.

Ein besonderes Ereignis stellte die Einladung von FCIO und VCÖ (Verband der ChemielehrerInnen Österreichs) bei Bildungsminister Martin Polaschek dar. Gemeinsam überreichte man ein Forderungspapier und wies auf die Bedeutung der Chemie hin. Der Klimawandel, die aktuelle Problematik mit der Erdgasversorgung, Wasserstofftechnologie, Elektromobilität oder Photovoltaik – all diese Bereiche lassen sich nicht ohne Chemie erklären. Diesem Umstand muss in einer von Naturwissenschaften dominierten Welt auch in der Studententafel Rechnung getragen werden.



Ihre Ansprechpartnerin  
 für Bildungsthemen:  
**Mag. Dorothea Pritz**  
 Telefon: 05/90 900-3364  
 pritz@fcio.at





Foto: © adobestock.com/ipopba

## FORSCHUNG

Das Jahr 2022 hat viele neue Ansätze gebracht, um die wichtigsten Potenziale für die Transformation der Wirtschaftskreisläufe in Richtung Nachhaltigkeit zu heben. Die Schlagworte in dem Zusammenhang sind Energieeffizienz, Rohstoffaufbringung aus nachhaltigen Quellen, die Schaffung von Wertschöpfung und hochwertigen Arbeitsplätzen und als Fernziel die Klimaneutralität der chemischen Industrie.

Es werden die rechtlichen Rahmenbedingungen entscheidend dafür sein, wie schnell die benötigten Technologien auf breiter Basis entwickelt werden können. Die Politik war daher im Jahr 2022 besonders gefordert, ihre diesbezüglichen Strategien in konkrete Vorhaben umsetzen.

Zur Umstellung der Rohstoffbasis zur Verminderung der Nutzung fossiler Rohstoffe ist die Bioökonomie-Strategie aus dem Jahr 2019 zu nennen, die als wesentliches Element die Förderung des Aufbaus einer biobasierten Industrie vorsieht. Aber nicht nur bei den biogenen Materialien werden Kaskadennutzung und Kreislaufwirtschaft

essenzielle Elemente darstellen, sondern auch in anderen Bereichen wie der Kunststoffwirtschaft und den Baustoffen sind diese Projekte zur Schaffung der neuen Rohstoffbasis von hoher Priorität. Folgerichtig wurde 2022 auch eine Kreislaufwirtschaftsstrategie erarbeitet, die noch im Dezember 2022 im Ministerrat beschlossen worden ist.

Auch der europäische Verband der chemischen Industrie CEFIC hat Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft zum Kernthema erkoren und verstärkt auf dem Gebiet seine Aktivitäten.

Die Bundesregierung hat 2022 mit dem FTI-Pakt einen budgetären Rahmen für die Jahre 2023 bis 2027 gesetzt, den es nun mit entsprechenden exzellenten Projekten zu nutzen gilt. Das Forderungspapier „Technologieoffensive“ der Wirtschaftskammer Österreich und der Industriellenvereinigung nennt dazu mehrere Kernbereiche:

→ Technologien für Energie- und Mobilitätswende, insbesondere dem Vorantreiben der Kreislaufwirtschaft

- Stärkung innovativer Produktions- und Materialtechnologien
- Ausbau der Life Sciences
- Vorantreiben der Digitalisierung und dabei insbesondere Beschleunigung der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz als Schlüsseltechnologie

Trotz dieser Fokussierung auf aktuelle Herausforderungen hinsichtlich der grünen und digitalen Transformation setzt sich der Fachverband dafür ein, dass ein themenoffenes FTI-Fundament erhalten und gefestigt wird. Dies wird insbesondere die Standortattraktivität aufwerten und die Krisenresilienz stärken.

Mit der Klima- und Transformationsoffensive, die Ende 2022 beschlossen worden ist, sind auch erste Schritte zu Skalierung der neuen Technologien in industrielle Maßstäbe gesetzt worden. Dabei werden auch wichtige Anreize gesetzt, in Energieeffizienz zu investieren. Pharma- und Medizintechnik sowie die Halbleiterindustrie erhalten Sonderförderungen, um diese Stärkefelder auszubauen.



Foto: © adobestock.com/Gordenkoff

In Sachen indirekter Forschungs- und Innovationsförderung haben sich 2022 wichtige Meilensteine ergeben. Mit der Einführung des Teilbescheids wurde eine wesentliche Forderung der forschenden Industrie erfüllt. Mit der neuen Regelung wird die Auszahlung, wenigstens des Großteils der Forschungsprämie, wesentlich beschleunigt. Auch wurde im Rahmen der Ökosozialen Steuerreform als zweiter Meilenstein im Jahr 2022 der Investitionsfreibetrag ab 1.1.2023 – wieder – eingeführt.

In Sachen Bereitstellung von Daten für Forschung gibt es Fortschritte. Bei der Erstellung des Europäischen Raums für Gesundheitsdaten (European Health Data

Space) wird der Nutzung von Gesundheitsdaten für die Forschung großes Augenmerk geschenkt.

Die Patentgesetznovelle zur Einführung des europäischen Patents mit einheitlicher Wirkung konnte weitgehend abgeschlossen werden. Diskussion gab es dabei um das Thema der Patentierbarkeit von Saatgut für die Landwirtschaft, wobei eine deutliche Abgrenzung zu Patenttätigkeit für Chemie und Pharma herauszuarbeiten war.

2023 wird sich im günstigsten Fall bereits zeigen, ob die Industrie mit diesen neu geschaffenen Instrumenten die nötige Beweglichkeit, Innovations- und Investitions-

kraft erhält, um die von den aktuellen Krisen beschleunigte Energiewende und Technologietransformation erfolgreich umsetzen zu können. Der Fachverband wird sich intensiv für notwendige Nachschärfungen einsetzen.

Unter Umständen – falls die Energiebereitstellung in ausreichender Menge gelingen wird – wird auch der Schluss eines größeren Kreislaufs mitunter in Reichweite geraten, nämlich die Wiederverwertung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Utilization, CCU) zur Produktion chemischer Bausteine für eine Vielzahl von Produkten wie synthetische Kraftstoffe oder andere aus der breiten Palette der chemischen Industrie. Es wird sich jedenfalls lohnen, daran zu arbeiten.



Ihr Experte für Forschungsfragen:

**Dr. Franz Latzko**  
Telefon: 05/90 900-3367  
latzko@fcio.at



# GEFAHRGUTTRANSPORT – TUIS

## Vorbereitung auf die gefahrgutrechtlichen Neuerungen 2023

Spätestens Mitte dieses Jahres ist es wieder so weit: geänderte rechtliche Regeln für den Transport von gefährlichen Gütern auf Straße (ADR), Schiene (RID), Binnen- (ADN) und Hochseeschifffahrt (IMDG) sowie Luftfahrt (ICAO/IATA) treten in Kraft. Diese Neuerungen bringen keine wirklich tiefgreifenden Änderungen für den Transport von Chemikalien mit sich, sondern sind eher eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Vorschriften. Trotzdem können durch einige Änderungen, wie beispielsweise das Streichen der Ausnahme für Gefahrgüter in Maschinen und Geräten oder die neue Pflicht, dass auch alle Absender von Gefahrgütern nun einen Gefahrgutbeauftragten zu bestellen haben, neue Pflichten auf die Unternehmen zukommen.



Ihr Ansprechpartner für Gefahrgutrecht:  
**Dr. Christian Gründling**  
Telefon: 05/90 900-3348  
gruendling@fcio.at

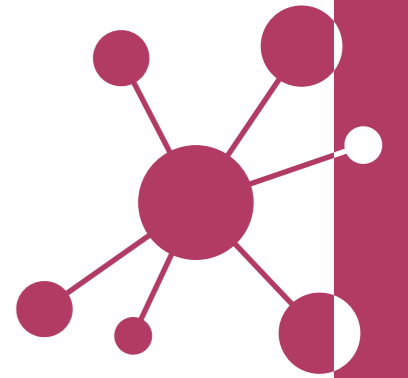
Eine frühzeitige Vorbereitung der Unternehmen auf die Änderungen ist daher notwendig. Diese wurden Transportexperten der chemischen Industrie im Herbst 2022 ausführlich vorgestellt und konnten mit Vertretern der Exekutive intensiv diskutiert werden. Außerdem sind die Neuerungen für alle Verkehrsträger in einem VCI-Leitfaden zusammengefasst, der mit Unterstützung des Fachverbandes erstellt wurde.

### TUIS hilft, wenn's doch passiert

Die größtmöglichen Bemühungen um den sicheren Transport von Chemikalien sind für die Unternehmen der chemischen Industrie zur Selbstverständlichkeit geworden. Im Sinn von Responsible Care wird versucht, alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um Unfälle und Zwischenfälle mit Gefahrgütern zu vermeiden. Sollte es trotz aller Vorkehrungen dennoch zu Gefahrgutunfällen kommen, so unterstützen Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes seit etwa 30 Jahren die zuständigen Einsatzkräfte, zumeist Feuerwehren, im Rahmen des Transport-

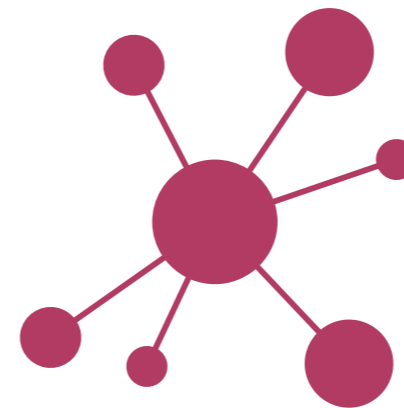
Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystems, kurz TUIS ([www.tuis.at](http://www.tuis.at)). Das Hilfeleistungspaket von TUIS umfasst Sachkenntnisdaten über Produkte, deren Transport und deren Entsorgung, Erfahrungen aus der Praxis und Unterstützung bei der Vermeidung von Unfällen sowie die Beseitigung und Begrenzung von Unfall-Folgeschäden mit Spezialgeräten. Es kann in drei Stufen von der telefonischen Beratung, über Beratung vor Ort bis hin zur technischen Unterstützung an der Unfallstelle in Anspruch genommen werden.

Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist vor allem der persönliche Kontakt und das dadurch aufgebaute Vertrauen zwischen TUIS-Betrieben und Einsatzkräften. Regelmäßig finden daher TUIS-Konferenzen in den einzelnen Bundesländern in Zusammenarbeit mit den Landesfeuerwehrverbänden statt. Nach einer längeren coronabedingten Pause ist die nächste Konferenz heuer im Herbst in Niederösterreich geplant.



## DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Die chemische Industrie lässt sich in viele unterschiedliche Sektoren unterteilen, die unterschiedliche Anliegen und Bedürfnisse haben. Daher ist die Branchenarbeit ein wichtiger Schwerpunkt im Fachverband.



Pharmazeutische Industrie .....	34
Kunststoffindustrie .....	38
Pflanzenschutz .....	40
Düngemittel .....	41
Waschmittel, Kosmetik, Aerosole .....	42
Lackindustrie .....	44
Holzschutzmittel .....	45
Kautschukindustrie .....	46
Biokraftstoffe .....	47
Bauklebstoffe .....	48
Bitumenemulsionsindustrie .....	49
Dach- und Abdichtungsbahnen .....	49
Technische Gase .....	50
Fasern .....	50



Foto: © adobestock.com/AleksFil

# PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE

## Wirtschaftliche Erholung in turbulenten Zeiten

Die Pharmaindustrie stand 2022 im Zeichen der noch nicht überwundenen COVID-19-Pandemie und den wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Konflikts. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigte insgesamt ein moderates Plus, blieb aber unter der anschwellenden Inflation. Insbesondere Wirkstoffe aus heimischer Produktion verzeichneten eine deutlich erhöhte Nachfrage, aber auch endgefertigte Arzneispezialitäten konnten am Markt zulegen.

## Gesundheitsminister unter Druck

Auf politischer Ebene löste das Andauern der Krisenbewältigungsmaßnahmen einiges an Unruhe aus. Ein neuerlicher Wechsel des Gesundheitsministers wurde vollzogen, BM Rauch folgte auf BM Mückstein, der nur wenige Monate im Amt war.

## Energiekrise trifft auch Pharmaindustrie

Wie für viele Branchen waren die Energiekosten und die Energieversorgungssicherung auch für die pharmazeutischen Unternehmen in Österreich eine große Herausforderung. Zur Linderung wurde ein genereller Energiekostenzuschuss seitens der Bundesregierung gewährt, der die Möglichkeiten des befristeten Krisenrahmens der EU zu diesem Zweck ausschöpft. In diesem Zusammenhang hat der FCIO die pharmazeutische Industrie (NACE C21) als besonders zu berücksichtigenden Sektor eingemeldet, um diese Möglichkeit einer Unterstützung auch jenen Firmen der Pharmaindustrie (insbesondere Wirkstoffherstellung) zu öffnen, die von den Preissteigerungen für Energie besonders betroffen sind.

## Pharma Round Table im BMAW

Im Zeichen der Krisenbewältigung stand auch der Pharma Round Table mit BM Kocher im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. Der Fachverband hat in diesem Rahmen auch langfristige Maßnahmen zur Standortsicherung eingemahnt. Ins-

besondere die Preisbildung von nicht patentierten Arzneimitteln stand hier im Fokus, die in den vergangenen Jahrzehnten Investitionen in den Ausbau der Produktion in Österreich unattraktiv werden ließen.

## Erstattung von Arzneimitteln bleibt Spannungsfeld

An der Überführung der Regelung zum Preisband ins Dauerrecht wurde schon 2021 intensiv gearbeitet, jedoch konnte dieses Projekt zum damaligen Jahresende nicht abgeschlossen werden. Eine Einigung mit dem Dachverband war durchaus in greifbarer Nähe gewesen, um die Verlängerung der Preisbandregelung in den Nationalrat (NR) einzubringen und die Vereinbarung über künftige Verhandlungen (Memorandum of Understanding; MoU) über eine Reihe von Verhandlungspunkten zu fixieren, die die Pharmawirtschaft (PhW) und der Dachverband der Sozialversicherungsträger (DVSV) über den Zeitraum der kommenden 24 Monate abarbeiten wollten. Sehr zur negativen Überraschung der PhW wurde abweichend davon letztendlich von den Koalitionsparteien ein Abänderungsantrag ins Plenum des NR mit zusätzlichen Elementen eingebracht, die bis dorthin nicht Gegenstand der Verhandlungen zwischen PhW und DVSV gewesen waren. Das betraf vor allem Produkte ohne vertragliche Grundlage zur Erstattung (No-Box), für die eine zusätzliche Rückzahlung von 6,5 Prozent auf den EU-Durchschnittspreis (EU-DP) eingeführt worden war. Zusätzlich fanden sich in dem Abänderungsantrag weitere nachteilige und von der PhW abgelehnte Regelungen. Das Preisband wurde als „letztmalige“ Verlängerung gesetzlich fixiert. In die Preisbandregelung wurden auch Biosimilars miteinbezogen.

Die PhW sieht den zusätzlichen Abschlag als klar verfassungswidrig an. Das mit dem DVSV akkordierte MoU war nach diesem Beschluss zur Änderung hinfällig geworden. Der Fachverband wird sich weiterhin für die Verlängerung des Preisbandes und der Preisregel zu Biosimilars im



Foto: © adobestock.com/IM Imagery

ASVG einsetzen, da nur Planbarkeit und eine gewisse Differenzierung in der Preisgestaltung auch die Versorgung mit Arzneimitteln absichern kann.

## Bekämpfung von Lieferengpässen und Krisenvorsorge

Ausgelöst durch die vorherrschenden Krisen des Jahres 2022 wurde auf europäischer Ebene ein starker Fokus auf eine Krisenbevorratung gelegt. Die Europäische Kommission hat in diesem Zusammenhang neben der 2021 erfolgten Einrichtung der EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (Health Emergency Preparedness and Response Authority, HERA) auch die Zulassungsbehörde EMA mit einem erweiterten Mandat ausgestattet.

Diese beteiligt sich daran, als ersten Schritt eine Krisensituation zu definieren und abhängig davon einen Maßnahmenplan zu erstellen. Für Impfstoffe gegen COVID-19 und MPOX ist dies freilich sehr unmittelbar erfolgt.

Auf nationaler Ebene hat das BMSGPK den politischen Willen zum Ausdruck gebracht, zusätzlich dazu die „Normalversorgung“ durch Verstärkung der Bevorratung zur Linderung von außergewöhnlichen Situationen – das müssen nicht nur massive internationale Krisen sein – verbessert aufzustellen. Ziel ist es, für die kommenden Jahre eine bessere Vorbereitung auf Situationen zu bewerkstelligen, wie sie im Winter 2022 auf 2023 aufgetreten sind. Die dazu benötigte strategische

Arbeit ist während der letzten zwei Jahre in der Taskforce Lieferengpässe, die beim Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG) angesiedelt ist, investiert worden. Mit der Beantwortung von wesentlichen Fragen (Liste der Produkte, Logistik, Finanzierung uvm.) können nun einige Weichenstellungen vorgenommen werden. 2023 sollen die Maßnahmen im Detail ausgearbeitet und eine gesetzliche Grundlage erlassen werden. Die Hersteller von Arzneimitteln setzen sich für einen Modus ein, der die Bevorratung bei den Erzeugern belässt.

Die Europäische Kommission hat 2022 in diesem Zusammenhang nach intensiven Vorbereitungen das Binnenmarkt-Notfallinstrument (Single Market Emergency

Instrument, SMEI) vorgestellt. Das erklärte Ziel ist, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in künftigen Krisenfällen sicherzustellen sowie wesentliche Waren und Dienstleistungen in Notfällen EU-weit verfügbar zu halten. Das Instrument etabliert eine Steuerungsstruktur. Im Notfallmodus möchte sie das Recht haben, Unternehmen aufzufordern, vorrangige Bestellungen für krisenrelevante Produkte anzunehmen. Dies wurde vom Fachverband als nicht zweckmäßig und nicht durchführbar vor allem in Bezug auf Arzneimittel, abgelehnt.

## EU-Projekt zur Aufbereitung von politischen Maßnahmen

Auch in ein von der EU in Form eines Technical Support Instruments finanziertes

Projekt mit dem Titel ‚Ensuring Patient Access to Medicines in Austria and the EU by improving the Pharmaceutical Value Chain‘ war der Fachverband als Interessenträger involviert. Ziel des Projekts ist es, eine Sammlung von Vorschlägen für politische Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Arzneimitteln sowie unterstützende Instrumente zu erstellen, um daraus eine Entscheidungsmatrix für die Politik abzuleiten. Im Jahr 2022 wurden eine Reihe von Optionen sondiert, wobei der Fachverband innovationsbezogene Vorhaben wie Nutzung von Gesundheitsdaten oder Standortstärkung priorisiert. Die endgültige Auswahl und vertiefte Ausarbeitung werden erst 2023 abgeschlossen werden können.

**Vorantreiben der EU-Arzneimittelstrategie**

Die Europäische Kommission (EK) hat massiv an der Umsetzung der gegen Ende des Jahres 2020 veröffentlichten, umfassenden europäischen Arzneimittelstrategie gearbeitet.

Die Überarbeitung des Rechtsrahmens für Arzneimittel soll sich der Lösung folgender Probleme widmen:

- nicht gedeckter medizinischer Bedarf und Marktversagen bei der Bereitstellung von Arzneimitteln
- der ungleiche Zugang zu verfügbaren und leistbaren Arzneimitteln für Patienten in der gesamten EU
- das geltende Recht könnte nicht ausreichen, um innovativen Trends rasch gerecht zu werden
- Ineffizienz und zu hohe Lasten durch bürokratische Anforderungen
- die Anfälligkeit von Lieferketten und Lieferengpässen
- Herausforderungen in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Der Fachverband hat sich im Rahmen der Konsultation dafür ausgesprochen, den Rechtsrahmen nur dort zu adaptieren, wo die Treffsicherheit der Bestimmungen nachjustiert werden muss. Bürokratieabbau sollte dazu ein Leitmotiv sein. Die Idee des europäischen Industrieverbandes EFPIA, einen neuen Anreiz in Form einer übertragbaren Exklusivitätserweiterung (Transferable Exclusivity Extension, TEE) zu schaffen, um derzeit zu wenig bearbeitete Therapiegebiete zu fördern, unterstützt der FCIO.

Die EK konnte ihr Vorhaben aber nicht plangemäß vorantreiben. Der Ausschuss für Regulierungskontrolle (Regulatory Scrutiny Board) hat den ersten Bericht zu den Auswirkungen (Impact Assessment) nicht angenommen und Änderungen verlangt. Die Veröffentlichung der geplanten Gesetzesvorschläge (insbesondere der Überarbeitung des Rechtsrahmens) wird sich nach einer Ankündigung der EK nun ins Jahr 2023 verschieben.

Auch der EU-Unterausschuss des Nationalrates hat sich mit der Arzneimittelstrategie befasst und eine Mitteilung an die EK verabschiedet. Der FCIO hat eine ausgelegene Position sichergestellt.

Auf österreichischer Ebene sind die Aktivitäten zur Vorbereitung auf die Begutachtungs- und Verhandlungsphase im Europäischen Parlament und dem Rat auf nationaler Ebene angelaufen. In Österreich wurden im Rahmen des ‚Country Engagement Effort‘ des europäischen Dachverbands EFPIA spezifische Veranstaltungen zu den Themen Patentschutz, Wissenschaftslebenszyklus, Lieferkettenproblematik uvm, teils in Kooperation mit

Medien aufgesetzt und Vernetzungsaktivitäten gesetzt.

**Patentschutz auf WTO-Ebene unter Druck**

Die Coronavirus-Pandemie hat eine Diskussion über das Regime zum Schutz des geistigen Eigentums entfacht. Patente werden als zu hohe Hürde für die Verteilung von Impfstoffen angesehen, deren Aufhebung und damit die Möglichkeit der Produktion unter freien Lizenzen sollen die Selbstversorgung ärmerer Länder ermöglichen. Nach sehr zähen Verhandlungen erzielten die WTO-Mitglieder bei ihrer 12. Ministerkonferenz eine Einigung zu einigen Verhandlungsgegenständen, darunter die Pandemiereaktion im Paket mit einem TRIPS-Übereinkommen bezüglich Impfstoffpatenten auf COVID-19. Das diesbezügliche TRIPS Übereinkommen soll 5 Jahre gelten. Besonders kritisch sieht die Pharmaindustrie das Vorhaben, nach 6 Monaten nach Veröffentlichung des Übereinkommens über eine Ausweitung der erleichterten Zwangslizensierung auf Therapeutika und Medizinprodukte zu entscheiden, was 2022 nicht zustande gekommen ist. Der FCIO hat sich gegen

diese Ausweitung – wie bereits bei den Impfstoffen – ausgesprochen. Jedenfalls würde das globale Innovationssystem Schaden nehmen, nachdem die Investitionssicherheit aufgehoben wäre.

**Umsetzung der FälschungsRL; Startphase des Echtbetriebs**

In der Umsetzung der Fälschungsrichtlinie konnte 2021 die Startphase des Echtbetriebes begonnen werden. Diese weitere Phase zur Überleitung in den Echtbetrieb war notwendig geworden, um eine weitere Senkung der Alarmrate zu realisieren, die sich aus technischen Problemen und nicht aufgrund von tatsächlich aus dem Verkehr ziehenden Arzneimittelpackungen ergibt. Aus wichtigen Gründen, die mit der parallelen Einführung von digitalen Maßnahmen im Gesundheitssystem zusammenhängen, musste die Aufnahme des Echtbetriebes erneut ins Frühjahr 2023 verschoben werden.

**Überarbeitung des Lehrberufs Pharmatechnologe: Fachkräftemangel im Fokus**

Aufgrund fortlaufender Entwicklungen in Produktionsprozessen war es notwendig

geworden, den Lehrberuf der „Pharmatechnologie“ zu modernisieren und dem heutigen Stand der Technik anzupassen. Nach einer Überarbeitung des Berufsbildes im Fachverband der Chemischen Industrie wurde der Bundesberufsausschuss beauftragt und eine Genehmigung durch das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft eingeholt. Mit dieser Überarbeitung soll der Lehrberuf attraktiver werden und mithelfen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

**Digitalisierung des Gesundheitssystems bringt Daten für die Forschung**

Die Europäische Kommission (EK) hat eine Verordnung zur Schaffung eines europäischen Raums für Gesundheitsdaten (EHDS) vorgestellt, um das volle Potenzial dieser Daten in den Dienst der Gesundheit zu stellen. Der vorgeschlagene Datenraum soll nicht nur die Versicherten dabei unterstützen, die Kontrolle über ihre eigenen Gesundheitsdaten zu bewahren, sondern auch die Nutzung von Gesundheitsdaten für eine bessere medizinische Versorgung, für Forschung, Innovation und Politikgestaltung (Sekundärnutzung von Daten) zu fördern.

Im Nationalrat kam während der Behandlung der Kommissionsvorschläge die Forderung auf, alle kommerziellen Nutzungen der Daten auszuschließen. Nach einem Einspruch des FCIO gab es eine Einigung, nun generell Vereinbarungen über die Nutzung von Gesundheitsdaten mit allen Interessenträgern zu ermöglichen. Die Verordnung zum EHDS soll 2023 abgeschlossen werden.

**Umweltfragen erlangen zunehmende Bedeutung für den Pharmasektor**

Die europäische Kommission hat 2022 einen Vorschlag für die kommunale Abwasserrichtlinie veröffentlicht. Besonders relevant für die PhW ist, dass zur Finanzierung dieser Maßnahmen eine erweiterte Herstellerverantwortung eingeführt wird, wobei in einem ersten Schritt die Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetikprodukten in die Pflicht genommen werden. Das könnte nach dem derzeitigen Stand bedeuten, dass die Pharma- und Kosmetikwirtschaft (Inverkehrbringer in Europa) für die Kosten einer 4. Reinigungsstufe von Kläranlagen (in dichteren Siedlungsgebieten) aufkommen

wird müssen. Der FCIO hat diesen Vorschlag im Einklang mit der gesamten europäischen Pharmaindustrie abgelehnt.

**Nachhaltigkeit wird auch im Pharmasektor zum bestimmenden Faktor**

Das aktuelle Legislativvorhaben der EU ist die RL über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive; CSRD). Parallel dazu ist die RL über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (EU-LieferkettenRL) in Arbeit.

Die Hersteller von Arzneimitteln finden sich mit großen Herausforderungen bei der notwendigen Datenbeschaffung konfrontiert, da sie sich mit der Situation auseinandersetzen müssen, dass für Wirkstoffe nach Patentablauf oft nur noch einzelne Wirkstoffproduzenten meist in Fernost zu finden und Ausweichmöglichkeiten sehr begrenzt sind.

**Rechtliche Entwicklungen erhöhen die Komplexität des rechtlichen Umfelds**

Ende 2022 ist ein Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes und des Gentechnikgesetzes beschlossen worden. Dieses dient vor allem zur vollständigen Umsetzung der EU-Verordnung über klinische Versuche.

Die EU-Verordnung über Medizinprodukte ist am 26. Mai 2022 nach einer durch die Pandemie verursachten Verschiebung durch die Europäische Kommission (EK) in Kraft getreten. Aufgrund weiterer Umsetzungsverzögerungen sind die Fristen neuerlich verschoben worden. In Österreich hat ab Herbst 2022 eine neue benannte Stelle ihre Tätigkeit aufgenommen, womit zusätzliche Kapazitäten für Bearbeitung der stark gestiegenen Zahl an Zertifizierungen geschaffen wurden.

Die EU-Verordnung über Health Technology Assessment (HTA) war 2021 formal abgeschlossen und zur Veröffentlichung gebracht worden. Sie wird im dritten Quartal 2024 schrittweise in Kraft treten. 2022 wurde genutzt, die Entscheidungsstruktur gemäß der HTA-Verordnung einzurichten und Konsultationen zu technischen Dokumenten, die die Grundlage der zukünftigen Arbeit bilden, durchzuführen.

Foto: © adobestock.com/Adam Gault\_KOTO



# KUNSTSTOFFINDUSTRIE

**B**ei den Kunststoffherstellern steht die Gegenwart und Zukunft ganz im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Es werden hohe Investitionen in Technologien wie das chemische Recycling getätigt. Hierfür wird noch an den notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen wie der Massenbilanz gearbeitet. Hohe Energiekosten, Inflation und die Flut an Regularien lassen auch die Kunststoffhersteller nicht kalt. Die eben erwähnten Gründe erschweren Investitionen auf

dem europäischen Markt, da in Ländern wie den USA oder in China ein deutlich investitionsfreundlicheres Klima herrscht. Die Nachfrage nach Kunststoffen ist aber nach wie vor hoch und nach Prognosen soll diese noch weiter steigen.

Das Jahr 2022 war eines der turbulentesten Jahre in der Geschichte der kunststoffverarbeitenden Industrie. Es gab Höhen und Tiefen. Gerade das erste Halbjahr war ein sehr gutes. Dies gilt für fast alle Branchen der kunststoffverarbeitenden Industrie. Der Bereich Aviation hat wieder Fahrt aufgenommen, da nach langer Durststrecke wieder Flugzeuge gebaut werden.

Die Nachfrage nach Bauprodukten war auch noch hoch und die Auswirkungen der hohen Energiekosten auf die Verpackungsindustrie konnten weitergegeben werden. Allerdings kam es dann im zweiten Halbjahr in der Bauindustrie zu einem Einbruch. Die europäische Zinspolitik reduzierte die Nachfrage hinsichtlich des Baus von Einfamilienhäusern. Bauprojekte wurden eingestellt und neue wurden kaum geplant. Allerdings konnte die gesunkene Nachfrage im Bereich der Einfamilienhäuser zum Teil durch eine Steigerung in der thermischen Sanierung kompensiert werden. Dies betrifft zB Fenster oder Dämmmaterialien.

Grundsätzlich kann man sagen, dass Produkte mit klimarelevanten Funktionen gefragt sind. Wir sprechen hier von Produkten der E-Mobilität, der thermischen Sanierung und der Energiewende. Auf Grund der schlechten zweiten Jahreshälfte 2022 wurden die Budgets für 2023 entsprechend angepasst. Generell wurde angenommen, dass gerade der Anfang des Jahres 2023 ein holpriger werden wird und sich die wirtschaftliche Situation in der zweiten Jahreshälfte stabilisieren wird.

Von diesen wirtschaftlichen Höhen und Tiefen ist die Verpackungsindustrie weitestgehend nicht betroffen. Die größte Herausforderung im Verpackungswesen ist die Regularien. Mit der Packaging and Packaging Waste Regulation sollen die Anforderungen an Verpackungen grundlegend verändert werden. Ab 2030 sollen demnach nur noch recycelbare

Verpackungen am Markt sein und hohe Rezyklateinsatzquoten werden die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen weiter verschärfen. Deshalb haben einige Verpackungshersteller die Not zur Tugend gemacht und sind in das Recyclingbusiness eingestiegen.

Trotz der herausfordernden Aussichten für das Jahr 2023 war der Start des Jahres positiver als erwartet. Belastbare Prognosen sind durch Variablen wie Energiepreise und instabile Lieferketten schwer zu fällen. Eines ist allerdings sicher: die Nachfrage nach Kunststoffprodukten ist nach wie vor hoch und wird auch in der Zukunft steigen. Schließlich gelten viele Kunststoffprodukte als Enabler der Klimaneutralität und der gute CO<sub>2</sub>-Fußabdruck wird zusätzlich seinen Teil dazu beitragen. Durch massiven Ausbau von Recyclinganlagen und die Transformation zur Kreislaufwirtschaft wird dieser noch besser und demnach kann man dem Kunststoff eine rosige Zukunft voraussagen.

# PFLANZENSCHUTZ

## IGP fordert Möglichkeiten statt Verbote

**Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) hat 2022 einen intensiven Dialog mit relevanten Stakeholdern geführt: Ein gemeinsames Positionspapier, ein Pressegespräch mit dem Verein „Wirtschaften am Land“, ein Kaminesgespräch sowie der IGP Dialog haben Schwachpunkte der Initiativen der EU-Kommission offengelegt. Die IGP hat aber auch Lösungen formuliert und will 2023 weiter für eine EU-Agrarpolitik des Ermöglichs werben.**

Die EU sollte darauf achten, dass die Landwirte nicht zu Buchhaltern werden. Das hat der unabhängige Vorsitzende des Rats der FAO, Hans Hoogeveen, beim IGP Dialog 2022 betont. Schon jetzt klagen die Landwirte über den hohen bürokratischen Aufwand. Die Sustainable Use Regulation (SUR) der EU-Kommission wird das weiter verschärfen, sollte der vorgelegte Entwurf in dieser Form umgesetzt werden. Die IGP hat dagegen Position bezogen, denn pauschale Reduktionsziele bei Pflanzenschutzmitteln, Anwendungsverbote in sensiblen Gebieten und eine übertriebene Dokumentationspflicht würden für viele landwirtschaftliche Betriebe in Österreich das Aus bedeuten. Die ökonomischen und sozialen Ziele des Green Deals werden damit klar verfehlt. Aber auch die ökologischen, wie Thomas Resl, Direktor der

Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen, ebenfalls beim IGP Dialog klarstellte. Er betonte, dass Europa auf Kosten anderer Länder klimaneutral wird. Dadurch steigen die Emissionen global an und die EU importiert einen größeren CO<sub>2</sub>-Rucksack als bisher.

### Industrie geht voran

„Es braucht für eine zukunftsfähige Landwirtschaft keine EU-Agrarpolitik der Verbote, sondern eine des Ermöglichs. Der eingeschlagene Pfad ist ein Irrweg, der die Nachhaltigkeit nicht steigern, sondern senken wird“, unterstrich daher Christian Stockmar, Obmann der IGP, bei einem Kaminesgespräch mit Experten und Journalisten. Er bezeichnete die SUR in ihrer jetzigen Form als eine „Mission Impossible“, da Zielkonflikte verhindern, dass die Landwirte die Erwartungen erfüllen können. Die IGP hat mit dem „Innovation Deal“, der gemeinsam mit Experten erarbeitet wurde, Lösungsansätze vorgeschlagen.

Die EU-Kommission ist gefordert, die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft sowie für Forschung und Entwicklung zu verbessern sowie neue und smarte Technologien zu fördern. Eine Studie der Universität Wageningen vom Jänner 2022 unterstützt diese Forderungen.

Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln gehen voran und haben sich selbst verpflichtet, bis 2030 insgesamt 10 Mrd. Euro für technologische Lösungen sowie 4 Mrd. Euro für biologische Pflanzenschutzmittel zu investieren. Croplife Europe hat 2022 bestätigt, dass zwischen 2015 und 2021 bereits ein Viertel der genannten Summe investiert worden ist: 1,75 Mrd. Euro für die Forschung und Entwicklung von biologischen Pflanzenschutzmitteln sowie 2,15 Mrd. Euro für digitale und Präzisionstechnologien. Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln geben also das Tempo vor, während andere bremsen.

### Partner der Landwirte

Europas Landwirte brauchen Perspektiven. Sie sind am stärksten vom Klimawandel, einem steigenden Schaderregerdruck und einem volatilen Markt betroffen. Ein voller Werkzeugkoffer mit effizienten Lösungen wäre gefragt, von der EU-Kommission werden sie mit Bürokratie eingedeckt. Die IGP wird den Dialog fortsetzen, Partner suchen und sich dafür einsetzen, dass die SUR eine zukunftsfähige Landwirtschaft ermöglicht und nicht verhindert.

[igppflanzenschutz.at](https://www.igppflanzenschutz.at)

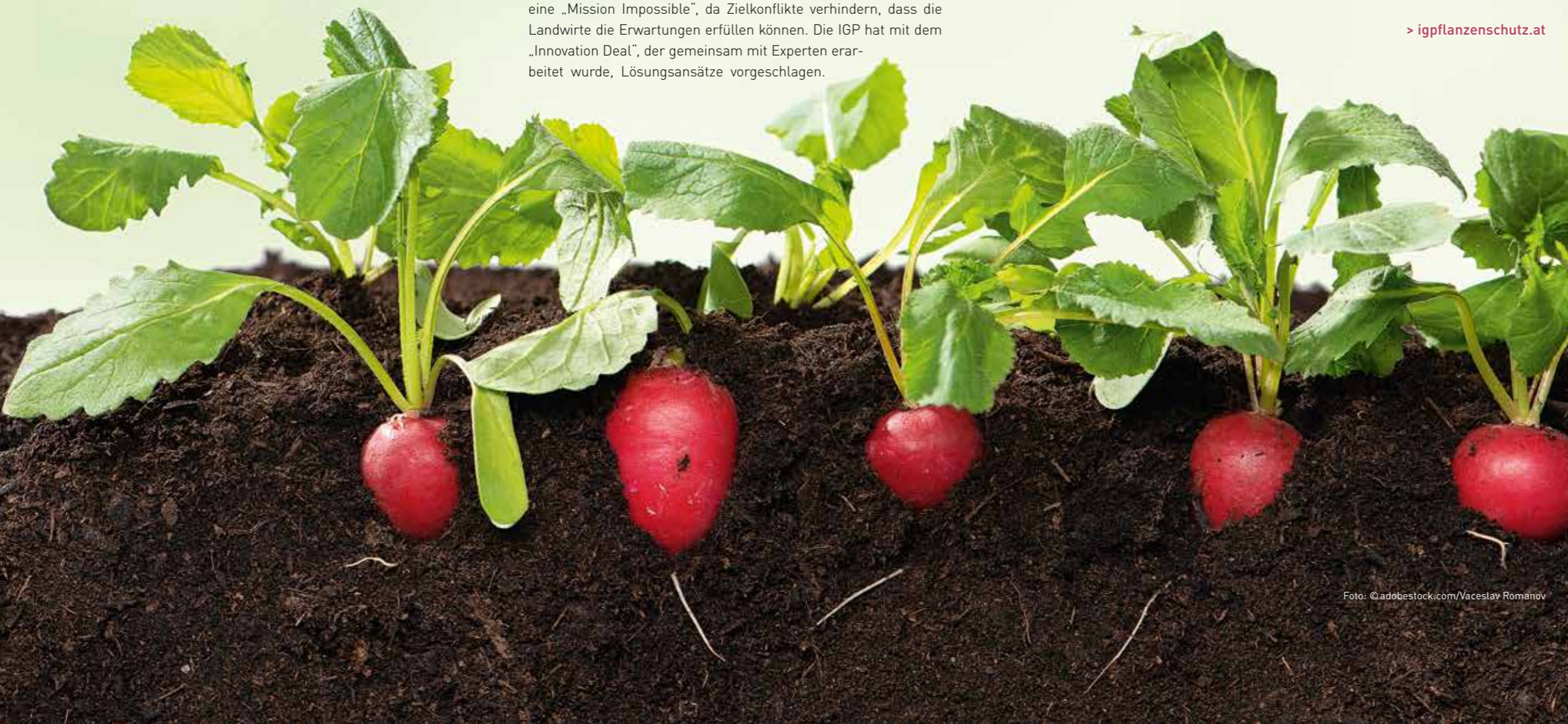


Foto: © adobestock.com/Vaceslav Romanov

# DÜNGEMITTEL

## Mineralische Pflanzennährstoffe

Die heimische Mineraldünger-Industrie ist derzeit einem drastischen ökonomischen Druck ausgesetzt. Einerseits sind die EU-Sanktionen gegen russische Düngemittel-Oligarchen de facto wirkungslos. Die Kommission hat sogar klargestellt, dass es keine EU-Sanktionen gegen russische Düngemittel gibt, wodurch die Importe massiv angestiegen sind. Andererseits werden die sehr wirkungsvollen Importverbote von Kalisalz (ein wichtiger Rohstoff für die heimische Produktion von PK- und NPK-Düngern) gegen Weißrussland und Russland seit dem Frühjahr 2023 mittels russischer Importe von fertigen NPK-Düngern sehr erfolgreich umgangen.

Die heimischen Dünger-Produzenten leiden nicht nur unter exorbitant gestiegenen Gas- und Stromkosten, auch wichtige Rohstoffe für die NPK-Produktion sind unverhältnismäßig angestiegen. Gleichzeitig treffen wir am heimischen Düngemarkt auf die Dumping-Angebote (im Verhältnis zu den EU-Produktionsbedingungen) der russischen Produzenten.

Das Resultat: Der verzerrte Wettbewerb führte 2022 zu einer deutlich eingeschränkten Düngemittel-Produktion in Österreich und der EU. Das zusätzliche Aussetzen der Zölle auf Harnstoff und Ammoniak unterminiert die Wettbewerbskraft der eigenen Produktionsanlagen weiter.

**Wir fordern daher, wirksame EU-Sanktionen gegen russische Düngemittelexporte in die EU und nach Österreich. Nur so kann die eigene Industrie wirkungsvoll geschützt werden.**

### In Summe 20 Prozent weniger Mineraldüngerabsatz:

Der unsägliche Krieg Russlands gegen die Ukraine hat seit Februar 2022 gravierende Auswirkungen auf die Agrar- und Düngemittelmärkte. So ist der Absatz von Mineraldünger schon im Wirtschaftsjahr 2021/22 deutlich gesunken – eine Entwicklung, die auch im laufenden Wirtschaftsjahr 2022/23 anhalten wird.

Die außergewöhnlich hohen Gaspreise, aber auch die hohen Rohstoffkosten haben weiterhin sehr hohe Preise am Mineraldüngemarkt zur Folge. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die hohe Nachfrage nach Gas haben bereits vor dem Jahr 2022 zu einem Inflationszyklus geführt, der die Branche belastet hat. Darüber hinaus hat die hohe Volatilität der Rohstoffpreise die Produzenten beeinträchtigt – sie schafft Abwärtshaltungen der Wertkette und erweist sich im Hinblick auf die Lebensmittelproduktion als Herausforderung.

# WASCHMITTEL, KOSMETIK, AEROSOLE

## Energiekrise und Rohstoffpreise bestimmen das wirtschaftliche Umfeld

Der Ukrainekrieg und damit die drastisch erhöhten Energie- und Rohstoffpreise bestimmten das ökonomische Handeln im Jahr 2022 maßgeblich. Zusätzlich waren auch die Folgen der Coronapandemie bezüglich der Verfügbarkeit von Rohstoffen, insbesondere aus dem asiatischen Markt, immer noch spürbar.

Die beachtlichen Umsatzsteigerungen bei Wasch- und Reinigungsmitteln waren vor allem preisgetrieben. Nachdem die Kosten allerdings nur teilweise weitergegeben werden konnten, wirkte sich dies meist dämpfend auf das Betriebsergebnis aus. Vor allem im Bereich der gewerblichen und institutionellen Wasch- und Reinigungsmittel drückten die Rohstoffpreissituation und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung deutlich auf das Ergebnis. Während in der Vergangenheit nur einzelne Rohstoffe betroffen waren, betrifft diese Entwicklung nun beinahe alle Rohstoffe, egal ob erdölbasiert oder nachwachsend. Zu erwarten ist, dass sich diese Unsicherheiten auch im heurigen Jahr fortsetzen werden.

Auch bei der stabilen Entwicklung des österreichischen Kosmetikmarkts spielte Corona in den vergangenen Jahren eine wesentliche Rolle. Nach einem starken Wachstum 2020 bei Produkten für die persönliche Hygiene, Haut- und Körperpflege, waren in diesem Produktsegment leichte Umsatzeinbußen in den vergangenen beiden Jahren zu verzeichnen. Ausgeglichen wurde dies durch das gesteigerte Kaufverhalten bei dekorativer Kosmetik, aber auch bei Sonnenschutzmitteln konnten leichte Zuwächse verzeichnet werden.

Bedauerlicherweise wurde aber auch die österreichische Produktion von kosmetischen Mitteln in einem der wenigen verbliebenen Unternehmen der chemischen Industrie geschlossen, sodass die abgesetzte Produktion in diesem Bereich um etwa ein Viertel zurückging.

## Kreislaufwirtschaft und Chemikalienstrategie: große Herausforderung für die Branche

Das EU-Stoffrecht stellt die Waschmittel- und Kosmetikindustrie bereits jetzt vor große Herausforderungen. REACH, CLP und Biozidrecht sind hauptverantwortlich, dass die Branche im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen überproportional von regulatorischen Belastungen betroffen ist.

Leider ist eine spürbare Entlastung der Unternehmen mit der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit im Rahmen des EU-Green Deals nicht absehbar. Im Gegenteil: neben zusätzlichem administrativem Aufwand sind weitere regulatorische Einschränkungen bei Rohstoffen absehbar. Verantwortlich dafür sind die geplanten neuen Gefahrenklassen im Rahmen der CLP-Verordnung im Zusammenspiel mit dem geplanten Ausbau der gefahrenbasierten Verbote für endokrine Disruptoren, persistente Chemikalien und andere als besonders gefährlich erachtete Gefahrenmerkmale. Welche Auswirkungen diese regulatorischen

Vorhaben für die Verwendung von Enzymen bei Wasch- und Reinigungsmitteln haben werden, bleibt abzuwarten. Klar ist, dass deren Einsatz in modernen Niedrigtemperaturwaschmitteln maßgeblich zur Senkung des Energieverbrauches in privaten Haushalten und bei gewerblicher Wäschereinigung beiträgt.

Gleichzeitig sollen sowohl die Detergenzienverordnung als auch Kosmetikverordnung an die Ziele der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit angepasst werden. Aber auch bei anderen Vorhaben im Rahmen des EU-Green Deals ist die Branche im Fokus. Spezifische Regelungen – zusätzlich zu den bereits bestehenden stoffrechtlichen – sind im Rahmen der Ökodesignverordnung für nachhaltige Produkte in Vorbereitung.

## Wasch- und Reinigungsmittelhersteller federführend bei Nachhaltigkeitsprojekten

Umweltschonende Innovationen von effizienten Wasch- und Reinigungsmitteln sind eine wesentliche Säule für die wirtschaftliche Stabilität der Branche auf europäischer Ebene. Freiwillige Kompaktierungsprojekte und die Charta für nachhaltige Reinigung sind der beste Beweis dafür. Dadurch konnte zusätzlich

zum verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen der Produktumweltfußabdruck über die letzten Jahre und Jahrzehnte bereits deutlich gesenkt werden.

Im Bemühen um eine effiziente Kreislaufwirtschaft wurden im Rahmen der jüngsten Selbstverpflichtung neue Maßstäbe bei Verpackungen gesetzt: Bereits bis 2025 sollen alle Verpackungen vollständig verwertbar, wiederverwendbar oder kompostierbar sein und mindestens 20 Prozent Rezyklat enthalten. Bereits 2021 wurde in Österreich ein Pilotprojekt für die verstärkte Nutzung von Polyethylenrezyklaten mit Unterstützung des Umweltministeriums gemeinsam mit Abfallsammlern und -behältern in Österreich abgeschlossen. Aus den gesammelten Haushaltskunststoffen konnte zwar eine Polyethylenflasche vollständig aus Rezyklat hergestellt werden, allerdings fehlen noch wesentliche Voraussetzungen, um den wiedergewonnenen Kunststoff in der notwendigen Menge und der gewünschten Qualität zu erhalten.

Mit den Novellen zum Abfallwirtschaftsgesetz und der Verpackungsverordnung wurden auf nationaler Ebene deutliche Schritte gesetzt, um den Kunststoffkreislauf weiter zu schließen. Weitere Maßnahmen sind aber auch EU-weit notwendig: klare und einheitliche Vorgaben für die Rezyklierbarkeit von Verpackungen, eine sinnvolle Ökomodulation der Lizenztarife, Incentives für den verstärkten Rezyklateinsatz und die Akzeptanz von chemischem Recycling als Ergänzung zur mechanischen Abfallverwertung.

Foto: © adobestock.com/New Africa



Abzuwarten bleibt, wie die geplante EU-Neuregelung für Verpackungen in diesen wichtigen Punkten konkret ausgestaltet wird. Kontraproduktiv sind jedenfalls zusätzliche Belastungen der Unternehmen.

## Auch Kosmetikbranche setzt auf Nachhaltigkeit und Verbraucheraufklärung

→ Ausgehend von vielen Einzelbeispielen führender Kosmetikhersteller wurde seitens Cosmetics Europe die branchenweite Nachhaltigkeitsinitiative „Commit for our Planet“ ins Leben gerufen. Damit soll der fossile Energieverbrauch bei der Herstellung von kosmetischen Mitteln deutlich reduziert und durch verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck verbessert werden. Auch die weitere Reduktion der Gewässerbelastung der Produkte und vor allem der Einsatz von nachhaltigen Verpackungen sind Gegenstand dieser Initiative.

→ Dass freiwillige Maßnahmen nicht für immer freiwillig bleiben, zeigt die Selbstverpflichtung zum Ersatz von Mikroplastikpartikeln zum Zwecke des Peelings und der Reinigung. Im Rahmen von REACH stehen zusätzlich Beschränkungen kurz bevor. Gerade bei Make-up, Nagel- und Lippenpflege lassen die Entwicklungen unverhältnismäßig kostspielige Reformulierungen ohne markanten Umweltnutzen befürchten.

Die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit wird unter der Branchenplattform Kosmetik transparent fortgesetzt und der interaktive Dialog gezielt forciert. Ein moderner Internetauftritt, regelmäßige Newsletter und Blogs über neueste Trends und Entwicklungen führen zu einer erfreulichen Akzeptanz.

Transparenz ist auch das Stichwort für eine weitere Initiative der europäischen Kosmetikindustrie. Ausgehend von der deutschen INCI- und der französischen Claire-Datenbank wurde Cosmile Europe entwickelt. Verlässliche und ausführlichere Informationen zu den Inhaltsstoffen, ihren Eigenschaften und Funktionen sind für Konsumenten nun in 14 Sprachen per Mausklick verfügbar. Im deutschsprachigen Raum können diese Informationen auch über die Cosmile App mit den kosmetischen Mitteln verknüpft und durch einfaches Scannen des Barcodes produktbezogen abgerufen werden. Diese Initiative ist auch ein Pilotprojekt für die mögliche Digitalisierung von bestimmten Kennzeichnungselementen in der Zukunft.

## Aerosolindustrie vom Green Deal besonders gefordert

Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft stellt die Aerosolindustrie vor besondere Herausforderungen. Die Entwicklung von Alternativen zum fossilen Treibgas, der verstärkte Einsatz von Druckluft und Stickstoff, aber auch die Reduktion der Verpackungen durch stärkere Komprimierung, sind nur einige Beispiele für Innovationen der letzten Jahre. Zusätzlich wird intensiv an vermehrtem Einsatz von Recyclingmaterial, egal ob für Weißblech-, Aluminium- oder auch Kunststoff-aerosole, gearbeitet. Leider wird die weitere Entwicklung von Druckgaspackungen aus Kunststoff immer noch gebremst. Die seitens der EU-Kommission in Aussicht gestellte Erhöhung der Nennfüllmenge für diese Aerosole, die neue innovative Einsatzmöglichkeiten erlaubt, wurde seitens der EU-Kommission bisher nicht weiterverfolgt.

# LACKINDUSTRIE

Die multiplen Krisen weltweit, aber auch insbesondere in Europa selbst, haben im Jahr 2022 auch in der österreichischen Lack- und Anstrichmittelindustrie ihre Spuren hinterlassen. Der private Konsum hat sich deutlich abgeschwächt, angesichts der hohen Inflation sind die Verbraucher mit ihren Ausgaben zurückhaltender geworden. Die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie war aber auch heuer wieder sehr widerstandsfähig und konnte alles in allem ein leichtes Plus erwirtschaften. Im 1. Halbjahr 2022 steigerte sich der Umsatz um 3,3 Prozent gegenüber dem sehr erfreulichen Vorjahr. Endgültige Zahlen liegen noch nicht vor und die einzelnen Branchen innerhalb unserer Industrie haben sich unterschiedlich entwickelt. Diese leichte Steigerung ist weitgehend auf die hohen Preissteigerungen bei den Rohstoffen, bei Energie und bei Verpackungen zurückzuführen.

Für 2023 wird ein deutlicherer Rückgang, insbesondere wegen der sich schon jetzt abzeichnenden zurückgehenden Baukonjunktur, erwartet. Der Bautenfarbensektor, der sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt hat, schwächte sich im Jahr 2022 deutlich ab. Der Industrielackbereich entwickelte sich verhalten, positive Entwicklungen gibt es nur bei Autoreparaturlacken.

Die Preise für Rohstoffe der Lack-, Anstrichmittel- und Druckfarbenindustrie entwickelten sich seitwärts auf hohem Niveau. Eine Entlastung wird es in diesem Bereich – genauso wie im Energiebereich – auf absehbare Zeit wohl nicht geben.

## Titandioxid – der Widerstand hat sich ausgezahlt

Die Lack- und Anstrichmittelindustrie hat europaweit in den letzten Jahren einen harten Abwehrkampf gegen die Einstufung von Titandioxid geführt. Die Europäische Kommission hat auch gegen eine Reihe von Mitgliedsländern das Weißpigment als krebserregend Kategorie II eingestuft. Diese Entscheidung wurde aber von den Unternehmen nicht hingenommen und beim EuGH bekämpft.

Die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie hat eine Prozessgemeinschaft gebildet und sich, mit Rembrandtin an der Spitze, als Streitgenosse an der Klage beteiligt. Damit konnte das Prozesskostenrisiko minimiert werden.

Schon bei der mündlichen Verhandlung im Mai hat sich abgezeichnet, dass die Argumente der Industrie beim Europäischen Gericht auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Am 23. November 2022 hat das Europäische Gericht nun die Einstufung von Titandioxid als krebserregend aufgehoben und die Verordnung der Europäischen Kommission für nichtig erklärt. Mit dem Urteil findet ein jahrelanger Streit zwischen Industrie und EU-Kommission einen vorläufigen Abschluss.

Neben Titandioxid standen auch weitere Arbeitsschwerpunkte, wie die Beschränkung von Isocyanaten sowie der Verlust von bioziden Wirkstoffen, die als Konservierungsmittel für viele Lacke und Farben unverzichtbar sind, im Fokus der Verbandsarbeit.



# HOLZSCHUTZMITTEL

Im Jahr 2022 wurde von der Arbeitsgemeinschaft Holzschutzmittel die 49. Auflage des Österreichischen Holzschutzmittelverzeichnisses herausgebracht. Nach wie vor ist dieses freiwillige Zertifizierungs- und Zulassungssystem von Holzschutzmitteln, die im Hinblick auf ihre Gebrauchstauglichkeit, aber auch im Hinblick auf die Toxikologie streng geprüft werden, von großer Bedeutung.

Die Arbeitsgemeinschaft Holzschutzmittel beteiligte sich auch bei verschiedenen öffentlichen Konsultationen zum Thema Wirkstoffverfügbarkeit und setzte sich insbesondere für die Weiterverwendung des Wirkstoffes Propiconazol erfolgreich ein.

Im Behördendialog Biozide wird auch ein intensiver Gedankenaustausch mit den zuständigen Behörden gepflegt.

Im Jahr 2022 wurde auch der langjährige Vorsitzende des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft Holzschutzmittel, Sektionschef iR Mag. Heinrich Kohlmann, mit Dank und Anerkennung verabschiedet. Interimsmäßig übernahm Dr. Klaus Schaubmayr den Vorsitz im Hauptausschuss, der für die Zulassung der einzelnen Produkte und Eintragung ins Holzschutzmittelverzeichnis zuständig ist.

Foto: © adobestock.com/Дмитрий Абрамов

Hinsichtlich der Beschränkungen für Isocyanate ist es gelungen, einen gangbaren Weg für Hersteller und Anwender zu finden. In Österreich wurde diese REACH-Beschränkung mit einem Leitfadenden aller betroffenen Ministerien und gemeinsam mit der WKO und der Lackindustrie praktikabel umgesetzt.

Im bewährten Behördendialog Biozide konnten den zuständigen Entscheidungsträgern die dramatischen Auswirkungen der Biozidprodukte-VO hinsichtlich der Wirkstoffe nähergebracht werden. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass die Verknappung der Konservierungsmittel, speziell der Isothiazolinone, zu großen Fehlentwicklungen führen wird. Gemeinsam mit dem europäischen Verband hat der FCIO/Berufsgruppe Lack dagegen angekämpft. Nun zeigen sich erste Erfolge. Auf Basis der vielen Rückmeldungen hat die EU-Kommission für Farben und Lacke eine Ausnahme in Aussicht gestellt. Ähnlich positive Entwicklungen gibt es auch im Holzschutz beim Wirkstoff Propiconazol. Auch hier hat die Kommission angekündigt, aufgrund der Bedeutung des Wirkstoffs für den Holzschutz, eine weitere Verwendung zuzulassen.

## Neuaufgabe der Lackfibel „Unser Leben – Unsere Zukunft – Unser Lack – Wissenswertes über Beschichtungsstoffe“

Unter Mithilfe von vielen Experten aus den Unternehmen der österreichischen Lack- und Anstrichmittelindustrie konnte heuer die 5. Auflage unserer Lackfibel herausgebracht werden.

An dieser Stelle nochmals einen herzlichen Dank an alle, die sich so engagiert an dem Projekt beteiligt und die Neuaufgabe ermöglicht haben.

## Leuchtturmprojekt Gebinderecycling

Im Zuge des Green Deals und der Umsetzung der neuen Kreislaufwirtschaft, hat sich die Lack- und Anstrichmittelindustrie dazu entschlossen, ein Leuchtturmprojekt gemeinsam mit dem Umweltministerium und Partnern aus der Abfallwirtschaft zu initiieren. Kunststoffgebinde der Lackindustrie sollen im Kreislauf geführt und wiederverwendet werden. Das Projekt konnte im Jahr 2022 als Pilotprojekt erfolgreich abgeschlossen werden.

## Ausbildung

Aufgrund der Pandemie wurde der Lehrgang Surface Technology im Jahr 2022 ausgesetzt. Er wird aber, in etwas modifizierter Form, 2024 wieder stattfinden.

Auch beim Lehrberuf Labortechnik/Modul Lacktechnik gibt es erfreuliche Entwicklungen. Die Lehrabschlussprüfungen können nun auch an der Berufsschule St. Pölten, als zentrale Ausbildungsstätte für alle Lehrlinge mit dem Modul Lacktechnik, abgenommen werden.

Auch im Jahr 2022 wurden die Initiativen der Berufsgruppe Lack- und Anstrichmittelindustrie mit einem Presseclub Lack an Medien und Fachpresse herangetragen. Hauptthemen waren dabei die wirtschaftliche Entwicklung, die Auswirkungen der multiplen Krisen sowie die Branchenprojekte Gebinderecycling und InCan-Pres. Auch die Auswirkungen des europäischen Green Deals und der europäischen Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit waren dabei ein Thema. Die Initiativen und Projekte der Berufsgruppe Lackindustrie wurden von den Journalisten gut aufgenommen und es wurde ein breites Medienecho erzielt.

# KAUTSCHUKINDUSTRIE

## Wirtschaftliche Berg- und Talfahrt

2022 konnten die Kautschukverarbeiter mit technischen Teilen für die Industrie mit einer Steigerung im zweistelligen Prozentbereich ihren Umsatz erzielen. Höhere Preise für Energie und Rohstoffe sowie Lohnerhöhungen konnten über die Anhebung der durchschnittlichen Verkaufspreise in dem Bereich weitergegeben werden.

Als Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine war die Branche als Zulieferant von technischen Teilen mit massiven Auswirkungen bei der Rohstoffverfügbarkeit und Lieferkettenstabilität mit unmittelbaren kostenseitigen Ausschlägen in den Bereichen Bevorratung, Logistik und Energieversorgung konfrontiert. Diese unvorhergesehenen Herausforderungen konnten gemeistert werden.

Die pandemiebedingte Hochkonjunktur bei medizinischen Verbrauchsartikeln ist 2022 rasch abgeebbt, was die Bilanz des österreichischen Marktführers, nach Rekordumsätzen in den Vorjahren, deutlich beeinträchtigt hat. Daher wurde die bereits vor der Pandemie im Raum stehende globale Restrukturierung nun vollzogen.

## Nachhaltigkeit als Treiber der Innovation

Als eine zentrale Antwort auf die geschilderten Herausforderungen sehen die Unternehmen quer durch die Branche den konsequenten Ausbau der Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung. Kautschukteile eignen sich aufgrund ihrer Eigenschaften besonders für Reparatur (Reifenrunderneuerung) als auch für das chemische Rezyklieren (zB in der Verarbeitung zu Aktivkohle). Daher ist der Sektor für den absehbaren Ausbau der Kreislaufwirtschaft gut gerüstet.

## Ausblick 2023 – offene Fragen erfordern kreative Antworten

Für das Geschäftsjahr 2023 wird eher mit verhaltenem Wachstum gerechnet. Grund dafür sind die sich abzeichnende Abkühlung der Konjunktur und eine Zurückhaltung der Kunden. Die Branche erwartet daher sinkende Absatzmengen und einen erhöhten Druck auf die Margen. Auch der Ukraine-Krieg und seine Auswirkung auf die Preise und Verfügbarkeit von Energie sowie Rohstoffen werden die Geschäftsentwicklung 2023 beeinflussen. Angesichts des andauernden Krieges mit all seinen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen bewerten die Firmen die Lage der zirkulären Wirtschaft, zB der Reifenrunderneuerungsbranche, zum Jahresbeginn als ambivalent.



Foto: © adobestock.com/venars.original

# BIOKRAFTSTOFFE

Im Rahmen einer im Dezember 2022 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Novelle der Kraftstoffverordnung wurden die für den Straßenverkehr relevanten Anforderungen der EU-Richtlinie 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von erneuerbarer Energie (RED II) in nationales Recht umgesetzt. Der Fachverband war maßgeblich in den Novellierungsprozess involviert.

Wesentliche Änderungen der Novelle betreffen folgende Punkte: Um eine möglichst einfach nachvollziehbare Zieldefinition zu erreichen, wird nur mehr das Ziel zur Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2030 schrittweise von 6 Prozent auf 13 Prozent angehoben und das analoge Gesamtziel zum Einsatz von erneuerbarer Energie im Straßenverkehr gestrichen. Gleichzeitig werden bei Nichterreichen der Treibhausgas-Ziele die zu bezahlenden Ausgleichsbeträge von 15 auf 600 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent massiv erhöht. Zusätzlich ist bis 2030 eine schrittweise Erhöhung der Ziele für fortschrittliche Biokraftstoffe auf 3,5 Prozent vorgesehen. Ein weiteres wichtiges Element ist die Forcierung der Anrechenbarkeit des erneuerbaren Anteils von elektrischem Strom, dessen vermehrte Verwendung durch die vierfache Anrechnung auf die entsprechenden Ziele besonders attraktiv gestaltet wird. Eine vierfache Anrechnung wird auch für flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs, wie zum Beispiel Wasserstoff oder eFuels, eingeführt. Eine weitere Neuerung ist das Ende der Anrechenbarkeit von Upstream Emissions-Reduktionen; im Jahr 2023 ist dies nur mehr in Höhe von 1 Prozent möglich, ab 2024 ist eine solche ausgeschlossen.

Die aktuell größte und effizienteste Maßnahme zur Dekarbonisierung des Verkehrs- und Transportsektors stellt der Einsatz von Biokraftstoffen, hier speziell Biodiesel und Bioethanol, dar. Für 2021 weist der Biokraftstoffbericht des Klimaschutzministeriums aus, dass mehr als 1,37 Millionen Tonnen Treibhausgasersparungen durch den Einsatz von Biokraftstoffen erzielt werden konnten. Österreich ist gerade im Bereich der Nachhaltigkeit der verarbeiteten Rohstoffe EUweit tonangebend. Beispielsweise werden in der heimischen Biodieselproduktion, die schon seit vielen Jahren auf Palmöl verzichtet, mehr als 65 Prozent abfallbasierte Rohstoffe, wie etwa Altspeisefett oder Tierfette, eingesetzt.

Foto: © adobestock.com/cherrydonut



# BAUKLEBSTOFFE

Im Jahr 2022 entwickelte sich die Bauklebstoffindustrie etwas schwächer als im Jahr 2021. Insbesondere das 1. Halbjahr war von guten Umsatzentwicklungen geprägt. Ungewöhnlich deutlich war der Einbruch in den Sommermonaten, die Entwicklung im Herbst führte aber zu einem für die Bauklebstoffindustrie erfreulichen Ergebnis im Bezug auf Umsatzsteigerungen für das Gesamtjahr. Aufgrund der noch immer auf hohem Niveau verharrenden Rohstoffpreise, hinkten die Erträge den durchaus erfreulichen Umsätzen hinterher. Das 2. Halbjahr war insbesondere geprägt von hohen Energiepreisen durch den Ukraine-Russland-Konflikt. Nach drei Jahren im Krisenmodus war aber 2022 für die Bauklebstoffindustrie ein durchaus erfreuliches Jahr.

Im Zentrum der Berufsgruppenarbeit standen die Themen, die durch den europäischen grünen Deal veranlasst waren. Insbesondere die Themen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Bauklebstoffen und die Kreislaufführung von Gebindeverpackungen standen im Zentrum. Das Pilotprojekt zur Kreislaufführung von Kunststoffgebinden wurde erfolgreich zum Abschluss geführt. Weitere Themen waren die Neuausrichtung der Bauprodukte-Verordnung und die Neuregelungen für Diisocyanate gemäß der REACH-Verordnung.

Weitergeführt wurden auch die begonnenen Gespräche hinsichtlich ökosozialer Kriterien von Bauklebstoffen für die öffentliche Beschaffung.

Auch die Digitalisierung in Form von Building Information Modelling – BIM wurde gemeinsam mit anderen verwandten Industrien weitergeführt.

In den drei Technischen Arbeitsgruppen (Fliesenverlegung, Bodenverlegung und Bauwerksabdichtung) wurde die maßgebliche Normung koordiniert und auch die bestehenden Merkblätter aktualisiert. Wie in der Vergangenheit wurde auch die Zusammenarbeit mit dem Handwerk weiter ausgebaut.



Foto: © adbestock.com/Robert

# BITUMEN-EMULSIONSINDUSTRIE

Die deutliche Verringerung des Budgets der Länder für die Straßeninstandhaltung hat im Jahr 2022 deutliche Auswirkungen auf die Umsatzentwicklung in der Bitumenemulsionsindustrie gezeigt. Dazu kamen noch Rohstoffverknappungen und in der Folge auch hohe Rohstoffpreise. Auch die hohen Energiekosten trugen insgesamt zum schwachen Ergebnis bei.

Nichtsdestotrotz hat sich die Branche aber den Herausforderungen durch den europäischen grünen Deal gestellt und ihre Produkte im Hinblick auf Erreichung der Klimaziele weiter optimiert. Die vom

Joanneum Research erstellte Studie zum CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Bitumenemulsionen hat dazu mitgeholfen.

Die Technologie der Bitumenemulsionen ermöglicht eine kostengünstige Erhaltung des bestehenden Straßennetzes und trägt dabei zu mehr Nachhaltigkeit bei.

Auch im Jahr 2022 wurden die Produkte einer externen Qualitätskontrolle unterzogen. Der GÖBE-Güteausschuss für österreichische Bitumenemulsionserzeuger prüft und erteilt den Güteschutz für Bitumenemulsionen, welche von österreichischen Firmen in Österreich hergestellt wurden.

# DACH- UND ABDICHTUNGSBAHNEN

Insgesamt ist der Markt mengenmäßig 2022 auf dem gleichen Niveau wie 2021 geblieben. Das vergangene Jahr war, wie in allen Bereichen, von starken Preissteigerungen geprägt, welche zu einem Umsatzwachstum im Bereich Flachdachabdichtungen von durchschnittlich 20–25 Prozent geführt haben. Insgesamt wurden geschätzte 11,5 Mio. m<sup>2</sup> Flachdach in

Österreich abgedichtet. Bei Bitumenbahnen ist die Menge zu relativieren, da hier jede Lage in die Statistik einfließt, viele Systeme aber mehrlagig ausgeführt werden. EPDM Bahnen stabilisierten sich auf hohem Niveau. Der Sektor profitierte vom Bauboom, der sich auch 2022, wenn auch etwas abgeschwächt, fortsetzte.

# TECHNISCHE GASE

Der Umsatz im Industriegasemarkt stieg aufgrund der hohen Kosten und den damit verbundenen Preiserhöhungen um 21 Prozent.

Durch die wieder aufgetretene Knappheit verschiedener Gase, insbesondere Argon, Helium und Kohlen-säure, sowie die dramatisch gestiegenen Strom- und Erdgaskosten kam es zur Verteuerung nahezu aller Produkte.

Ein Ende dieser teilweise turbulenten Entwicklungen aufgrund verschiedener Einflüsse ist derzeit nicht in Sicht. Steigende Rohstoffkosten in verschiedenen Bereichen haben Auswirkung auf die Kosten der Gaseindustrie. Speziell die Prognose der Stromkostensteigerung stellt die Industriegas-Unternehmen sowie die gesamte Industrie vor große Aufgaben.

Trotz der gedämpften wirtschaftlichen Prognosen rechnen wir mit einem soliden Wirtschaftswachstum.



Foto: © adobestock.com/by-studio

# FASERN

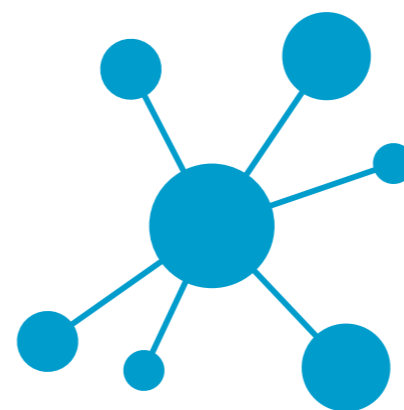
Eine deutlich gesunkene Nachfrage nach Textilfasern bei gleichzeitig massiv gestiegenen Kosten für Energie und Vormaterialien, haben den österreichischen Faserherstellern ein schwieriges wirtschaftliches Umfeld beschert. Zwar ist der Wert der abgesetzten Produktion bis in den zweistelligen Bereich gestiegen, jedoch reichte dies zum Teil nicht für positive Bilanzen aus.

Die Branche setzt neben Sparprogrammen aber weiterhin sehr stark auf Innovation und Transformation zu nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaftsweisen. In diesem Sinne wurde in den Ausbau von Photovoltaik und E-Mobility investiert, um die Abhängigkeit von fossiler Energie zu

reduzieren. Auch eine neue Forschungseinrichtungen findet sich in der Liste der Nachhaltigkeitsprojekte von 2022. In Sachen Kreislaufwirtschaft konnten wirtschaftlich tragfähige Konzepte entwickelt werden, die internationale Anerkennung fanden.

# ANHANG

Das Wachstum, das die chemische Industrie im Jahr 2022 erzielte, war großteils preisgetrieben und den hohen Energiekosten geschuldet. Blickt man auf die einzelnen Quartale, so stellt man eine Eintrübung des Wachstums gegen Jahresende fest.



Wirtschaftsbericht .....	52
Geschäftsverteilung .....	56
Fachverbandsausschuss der Chemischen Industrie Österreichs .....	57
Fach- und Berufsgruppenausschüsse .....	58
Kontakt .....	59



# WIRTSCHAFTSBERICHT

Die österreichische chemische Industrie konnte 2022 mit einem Wachstum von 14,5 Prozent auf ein Produktionsvolumen von 20,8 Mrd. Euro das Vorkrisenniveau bereits wieder deutlich überschreiten. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass das Wachstum aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten und Preise für Vorprodukte kein Mengen-, sondern ein Preiswachstum war, das auf die massiven Verteuerungen in der Produktion (v.a. aufgrund der Gas- und Stromkosten) zurückzuführen war.

Die Zuwächse in den beiden größten Branchen – Kunststoffwaren und pharmazeutische Erzeugnisse – verteilten sich folgendermaßen: Während die pharmazeutischen Erzeugnisse mit 7,5 Prozent und die Kunststoffherzeugung mit 7,8 Prozent unterdurchschnittlich stiegen, legte die Kunststoffverarbeitung mit 14,3 Prozent ziemlich genau dem Branchenschnitt entsprechend zu. Die Umsätze der chemischen Erzeugnisse stiegen mit 16,3 Prozent leicht über den Branchenschnitt, v.a.

Agrochemikalien verzeichneten in diesem Bereich mit 71,1 Prozent ein extrem starkes Wachstum, wobei hier klarerweise die gestiegenen Rohstoffkosten Haupttreiber waren. Lacke, Anstrichmittel und Klebstoffe schnitten mit einem Plus von 4,2 Prozent eher verhalten ab. Die Faserherstellung konnte einen Zuwachs von 7,4 Prozent verzeichnen. Generell lässt sich sagen, dass die positive Entwicklung vor allem auf das erste Halbjahr 2022 zurückzuführen war, während beginnend mit dem dritten Quartal eine Eintrübung einsetzte und im vierten Quartal kaum noch Wachstum verzeichnet werden konnte.

Die Investitionen lagen 2022 mit 972 Mio. € erfreulicherweise weiterhin auf einem hohen Niveau und sogar knapp über dem Vorjahr, was vor allem auf die Ausschöpfung der Investitionsprämie zurückzuführen war. Erfreulich ist auch ein leichtes Plus bei den Mitarbeitern: deren Anzahl stieg um 3,5 Prozent auf 49.800, was den höchsten Wert im langjährigen Vergleich darstellt.

## Außenhandel mit Chemiewaren

Im Jahr 2022 konnte der österreichische Außenhandel mit Chemiewaren ein Wachstum von 11 Prozent verzeichnen. Die Exporte nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner, stiegen um 10,1 Prozent, jene nach Italien, dem nächstgrößten Handelspartner innerhalb der EU um 13,5 Prozent und Polen um 8,1 Prozent.

Insgesamt entwickelten sich die EU-Exporte mit einem Zuwachs von 11,7 Prozent etwa in Höhe der Gesamtexporte.

Richtung EFTA-Staaten kam es zu Zuwächsen in der Höhe von 13,7 Prozent und auch die um 14,6 Prozent gestiegene Nachfrage aus Asien wirkte sich positiv aus. Die Exporte nach Amerika konnten um 8,1 Prozent gesteigert werden.

Die Chemie-Handelsbilanz 2022 verzeichnet damit ein leichtes Plus: 32,5 Mrd. Euro Exporten stehen 32,2 Mrd. Euro Importe gegenüber.

## Status quo und Ausblick

Derzeit ist die chemische Industrie auf Grund des Ukraine-Krieges mit in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesenen Unsicherheiten konfrontiert. Die in der EU stark gestiegenen Energiepreise bringen massive Erschwernisse im weltweiten Wettbewerb und werden auch noch mittelfristig anhalten. Zudem bieten die USA mit dem Inflation Reduction Act den Unternehmen bessere und investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen, weshalb die EU und Mitgliedstaaten mehr denn je gefordert sind, der drohenden Deindustrialisierung entgegenzuwirken.

Es braucht die richtigen Weichenstellungen, damit auch angesichts der Krisensituation die notwendigen Investitionen Richtung Zukunftstrends, insbesondere sämtliche Green Deal-Anwendungen, finanziert werden können. Nur so kann die chemische Industrie ihre Innovationskraft und Problemlösungskompetenz einbringen. Die Politik ist mehr denn je gefordert, die Wirtschaftspolitik mit entsprechenden Anreizsystemen statt einer zunehmenden Bürokratisierung zu unterlegen.

## ANTEILE DER BRANCHEN 2022

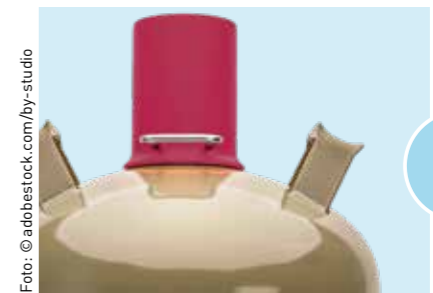
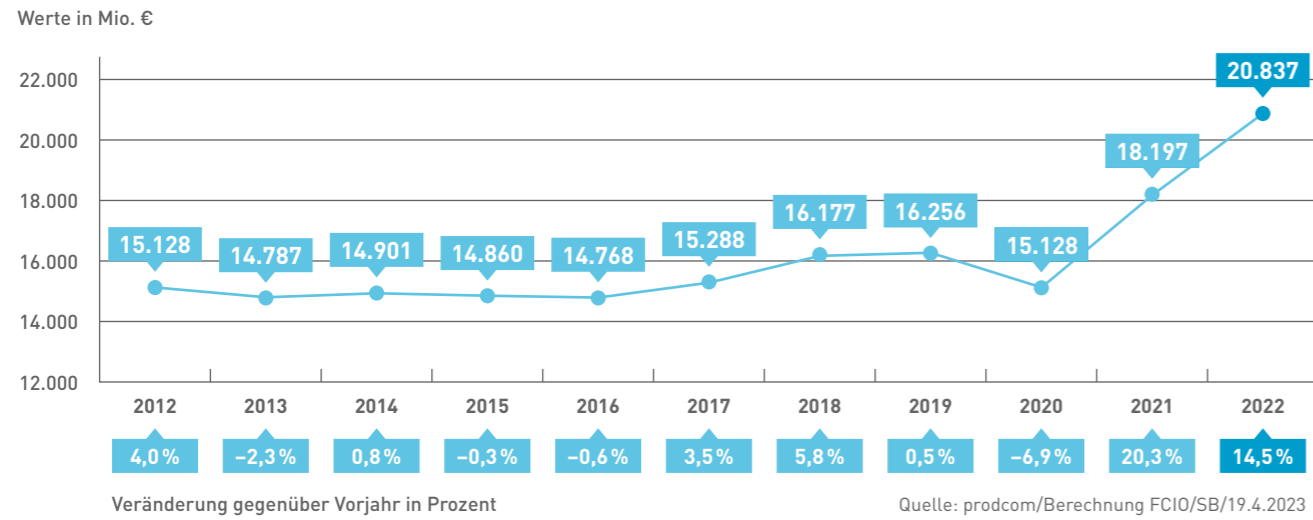


Foto: © adobestock.com/senadesign

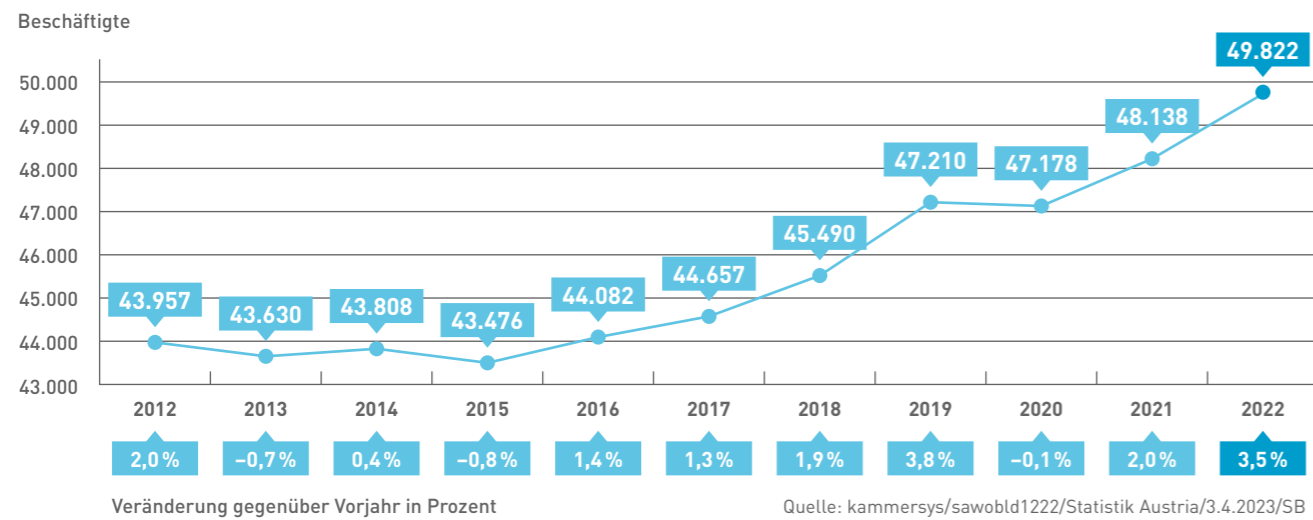


Quelle Prodcom/5.4.2023  
Berechnung Fachverband/SB

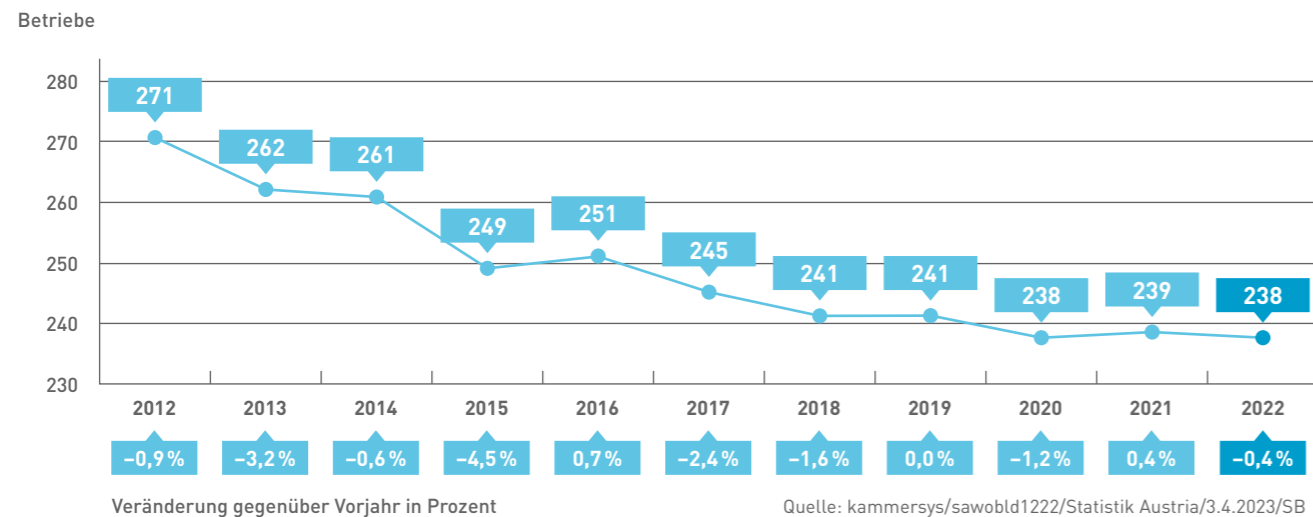
## ABGESETZTE PRODUKTION DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2012–2022



## BESCHÄFTIGTE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2012–2022



## BETRIEBE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2012–2022



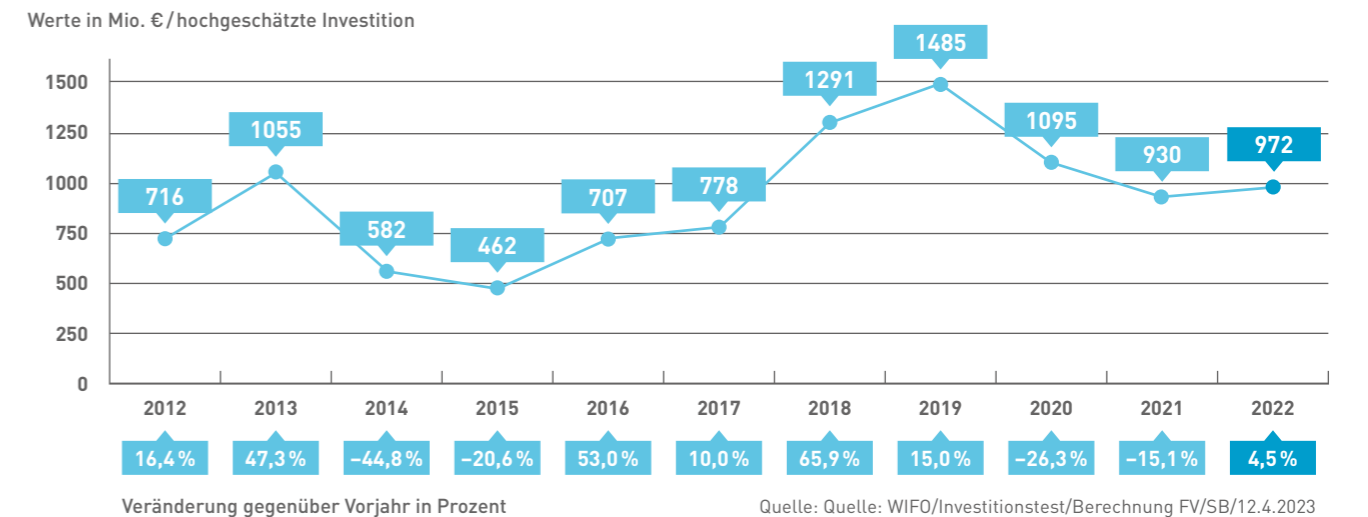
## HANDEL MIT CHEMIEWAREN 2022

Werte in Mio. €

	Gesamt	Intra-EU (26)	EFTA	Übrige Länder Europas	Amerika	Asien	Afrika	Australien-Ozeanien
<b>Einfuhr 2022</b>	32.242	21.315	3.419	938	3.370	3.148	45	7
Veränderung gegenüber Vorjahr	6,2%	9,8%	-5,4%	-4,4%	26,5%	-13,7%	86,4%	-26,1%
<b>Ausfuhr 2022</b>	32.479	21.486	3.135	2.119	2.512	2.842	249	136
Veränderung gegenüber Vorjahr	11,0%	11,7%	13,7%	1,7%	8,1%	14,6%	7,4%	4,5%

Quelle: AH-Datenbank WKÖ/Statistik Austria/SB/4.4.2023

## INVESTITIONEN IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2012–2022



# GESCHÄFTSVERTEILUNG

<b>GESCHÄFTSFÜHRERIN GESCHÄFTSFÜHRER-STV</b>	Mag. Sylvia Hofinger Dr. Christian Gründling
<b>KOLLEKTIVVERTRAG ARBEITSRECHT</b>	Mag. Kathrin Desch
<b>KOMMUNIKATION</b>	Mag. Dorothea Pritz, Mag. Andreas Besenböck
<b>CHEMIKALIENMANAGEMENT</b>	<b>Chemikalienpolitik:</b> Dr. Christian Gründling
	<b>Chemikalienrecht:</b> Dr. Christian Gründling, Marcello Entner, BSc, Dr. Klaus Schaubmayr
	<b>Biozidrecht:</b> Dr. Dominique Schröder
	<b>Verbote, Beschränkungen, wissenschaftliche Bewertung:</b> Dr. Franz Latzko, Marcello Entner, BSc
	<b>Biotechnologie/Gentechnik:</b> Dr. Franz Latzko
<b>Lebensmittelrecht:</b> Marcello Entner, BSc	
<b>GESUNDHEIT, SICHERHEIT, UMWELTSCHUTZ, ENERGIE</b>	<b>Luft:</b> Dr. Reinhard Thayer
	<b>Wasser:</b> Dr. Reinhard Thayer
	<b>Abfall:</b> Mag. Dominik Stern
	<b>Energie/Klimaschutz:</b> Dr. Reinhard Thayer
	<b>Betriebsanlagenrecht:</b> Dr. Reinhard Thayer
	<b>Sicherheit am Arbeitsplatz:</b> Dr. Christian Gründling
	<b>Responsible Care:</b> Dr. Dominique Schröder
<b>GEFAHRGUTTRANSPORT</b>	<b>Gefahrgutrecht:</b> Dr. Christian Gründling
	<b>Verwaltungsstrafverfahren:</b> Dr. Klaus Schaubmayr
	<b>TUIS:</b> Dr. Christian Gründling
<b>FORSCHUNG, INNOVATION</b>	Dr. Franz Latzko
<b>BILDUNGSFÖRDERUNG</b>	Mag. Dorothea Pritz

## BRANCHENBETREUUNG

<b>Aerosole:</b> Dr. Christian Gründling	<b>Kosmetik:</b> Dr. Christian Gründling
<b>Austrian Biotech Industry:</b> Dr. Franz Latzko	<b>Kunststoffherstellung:</b> Mag. Dominik Stern
<b>Bauklebstoffe:</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>Kunststoffverarbeitung:</b> Mag. Dominik Stern
<b>Betonzusatzmittel:</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>Lacke – Farben:</b> Dr. Klaus Schaubmayr
<b>Biokraftstoffe:</b> Dr. Reinhard Thayer	<b>Lebens- und Futtermittelzusatzstoffe:</b> Marcello Entner, BSc, Dr. Franz Latzko
<b>Bitumenemulsionen:</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>Pflanzenschutz:</b> Dr. Dominique Schröder
<b>Dach-, Abdichtungsbahnen:</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>Pharmazeutika:</b> Dr. Franz Latzko
<b>Düngemittel:</b> Dr. Dominique Schröder	<b>Technische Gase:</b> Dr. Dominique Schröder
<b>Fasern:</b> Dr. Franz Latzko	<b>Textil-, Leder-, Papierhilfsmittel:</b> Dr. Christian Gründling
<b>Holzschutz:</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>Wasch-/Reinigungsmittel:</b> Dr. Christian Gründling
<b>Kautschukwaren:</b> Dr. Franz Latzko	

# FACHVERBANDSAUSSCHUSS DER CHEMISCHEN INDUSTRIE ÖSTERREICHS

<b>PRÄSIDIUM</b>	 <b>Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS</b> Rembrandtin Coatings GmbH / Fachverbandsobmann
	 <b>Dipl. Ing. Helmut Schwarzl</b> Geberit Produktions GmbH & Co KG / Fachverbandsobmann-Stellvertreter
	 <b>Dipl. Ing. Dr. Ulrich Wieltsch, MBA</b> Patheon Austria GmbH & CoKG / Fachverbandsobmann-Stellvertreter
<b>FACHVERBANDSAUSSCHUSS</b>	<b>Harald Angerer, MBA</b> , Imerys Villach GmbH
	<b>MMag. Dr. Ilse Bartenstein, MA</b> , G.L. Pharma GmbH
	<b>Dipl. Ing. Dr. Martin Bergmann</b> , Hueck Folien Gesellschaft m.b.H.
	<b>Kristian Brok, MSc</b> , Semperit AG Holding
	<b>Dipl. Ing. Roman Eberstaller</b> , SUNPOR Kunststoff GmbH
	<b>Dipl. Ing. Alice Godderidge</b> , Poloplast GmbH & Co KG
	<b>Dr. Ernst Gruber</b> , Axalta Coating Systems Austria GmbH
	<b>KommR Ing. Wolfgang Haider</b> , Borealis Polyolefine GmbH
	<b>Dipl. Ing. Karl-Heinz Hofbauer</b> , Takeda Manufacturing Austria AG
	<b>Mag. Günter Alexander Klepsch</b> , Senoplast Klepsch & Co. GmbH
	<b>Dipl.-Chem. Michael Kocher</b> , Sandoz GmbH
	<b>Dr. Richard Anton Kwizda</b> , Kwizda Pharma GmbH
	<b>Philipp von Lattorff</b> , Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG
	<b>Ing. Jürgen Rainalter</b> , Getzner Werkstoffe GmbH
	<b>Mag. Birgit Rechberger-Krammer</b> , Henkel Central Eastern Europe GmbH
	<b>Dipl. Ing. Marco Horst Schlimpert</b> , Lenzing Aktiengesellschaft
	<b>Mag. Rainer Schmidtmayer</b> , Treibacher Industrie AG
	<b>Dipl. Ing. James Schober</b> , Donau Chemie AG
<b>Dipl. Ing. Martin Thaler</b> , Isovolt AG	
<b>KommR Mag. Dr. Peter Unterkofler</b> , Jacoby GM Pharma GmbH	
<b>Kruno Obrovac</b> , Greiner Packaging International GmbH	
<b>Dipl. Ing. Dr. Bernd Andreas Zauner</b> , Lenzing Fibers GmbH	

Stand März 2023

# FACH- UND BERUFSGRUPPENAUSSCHÜSSE

AUSSCHUSS	VORSITZ	ARBEITSGRUPPE
ARBEITGEBERAUSSCHUSS	Mag. Rainer Schmidtmayer	
AUSSCHUSS FÜR GESUNDHEIT, SICHERHEIT UND UMWELTSCHUTZ – RESPONSIBLE CARE	Dr. Christopher Zachhuber	
	Dr. Johannes Stockinger	Chemikalienpolitik
	Ing. Andreas Griebel	Abfallbeauftragte (ruhend)
	Ing. Karl Hofbauer	TUIS
	Ing. Angelika Frauenberger	Transport
	Martin Gram	Arbeitsschutz
ARGE PHARMA	Dr. Ilse Bartenstein*	
ARGE HOLZSCHUTZMITTEL	Erwin Schön	
ARBEITSGRUPPE BIODIESEL	Ewald-Marco Münzer, B.A. MBA	
BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS KUNSTSTOFFVERARBEITENDE INDUSTRIE	Dipl.Ing. Helmut Schwarzl	
BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS PHARMAINDUSTRIE	Dr. Ilse Bartenstein	
BERUFSGRUPPE WASCHMITTEL – KOSMETIK	Mag. Birgit Rechberger-Krammer Mag. Birgit Fritz	
	Heinz Roscher	Arbeitsgruppe I & I
	Mag. Marlene Hötsken	TAG*** Waschmittel
	Dr. Alfred Markowetz	TAG*** Kosmetik
	Dr. Alfred Markowetz	Aerosole
BERUFSGRUPPE LACKINDUSTRIE	Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS	
	Dr. Albert Rössler	TAG*** Lackindustrie
INDUSTRIEGRUPPE PFLANZENSCHUTZ	Dr. Christian Stockmar	
BERUFSGRUPPE BITUMENEMULSIONSINDUSTRIE** BERUFSGRUPPE DACH- UND ABDICHTUNGSBAHNEN	Dipl.Ing. Wolfgang Eybl	
BERUFSGRUPPE BAUKLEBSTOFFE	Mag. Bernhard Mucherl	
ARBEITSGRUPPE FORSCHUNGS-, INNOVATIONS- UND INVESTITIONSFÖRDERUNG	Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS	
ÖSTERREICHISCHER ARBEITSKREIS KUNSTSTOFFFENSTER		

\* Vorsitz (alternierend; vom Fachverband)

\*\* Güteschutzausschuss der österreichischen Bitumenemulsionserzeuger

\*\*\* Technische Arbeitsgruppe

Stand April 2023

# KONTAKT



**Mag. Sylvia Hofinger**

Geschäftsführerin  
Telefon: +43 (0)5 90 900-3371  
hofinger@fcio.at



**Dr. Christian Gründling**

stv. Geschäftsführer  
Telefon: +43 (0)5 90 900-3348  
gruending@fcio.at



**Mag. Andreas Besenböck**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3372  
besenboeck@fcio.at



**Dr. Klaus Schaubmayr**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3749  
schaubmayr@fcio.at



**Mag. Kathrin Desch**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3356  
desch@fcio.at



**Dr. Dominique Schröder**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3373  
schroeder@fcio.at



**Marcello Entner, BSc**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3382  
entner@fcio.at



**Mag. Dominik Stern**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3369  
stern@fcio.at



**Dr. Franz Latzko**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3367  
latzko@fcio.at



**Dr. Reinhard Thayer**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3365  
thayer@fcio.at



**Mag. Dorothea Pritz**

Telefon: +43 (0)5 90 900-3364  
pritz@fcio.at

Fotos: © marko's photography



**Fachverband der  
Chemischen Industrie Österreichs  
FCIO**

Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien, Austria

Telefon: +43 (0) 590 900-3340  
Mail: [office@fcio.at](mailto:office@fcio.at)  
[www.fcio.at](http://www.fcio.at)